

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Vor der Entscheidung über die Wehrpolitik 3

Deutsch-tschechische Beziehungen so gut wie nie 6



Widerstand gegen Abschiebepolitik 12

Bodenreform: Eine quälende Geschichte der deutschen Gegenwart 15



Widerstand gegen Börsenöffnung am Himmelfahrtstag 16

Die BRD „träumt noch immer vom Heiligen Römisch-Germanischen Reich“ 18

Die Grenzen innerer und äußerer Sicherheit verschwimmen; wir fordern ein Gesamtkonzept zur Krisenbewältigung ...

CSU-Vorstand: Eine leistungsfähige Sicherheits- und Verteidigungspolitik für Deutschland und Europa



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@otelo-online.de

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, E-mail: volhar@web.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/ 621532, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 24009468, Fax: 030 / 24009469

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

AKTUELL IN BERLIN

UM JEDEN PREIS? Entsprechend einer Vereinbarung des Bündnisses für Arbeit erprobt das Arbeitsministerium zwei Modellversuche zur Ausweitung des Niedriglohnssektors um 35 000 Stellen. In Rheinland-Pfalz und Brandenburg sollen Langzeitarbeitslose für Löhne zwischen 631 und 1575 DM zur Arbeit gebracht werden; auch mit Zuschussung der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung reichen die Löhne zum Leben nicht. In Sachsen und im Saarland sollen bei Stundenlöhnen zwischen 10 und 18 DM auch die Arbeitgeberbeiträge bezuschusst werden.

BAUERNSTERBEN. Der Agrarbericht 2000 konstatiert eine weitere Öffnung der Preisschere zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen. Dem Sinken der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise seit 1995 auf 91% stehen Preiserhöhungen bei den Nahrungsmitteln auf 102 und bei den gesamten Lebenshaltungskosten auf 104% gegenüber. Die PDS unterstreicht als Ursache für diese Entwicklung die marktbeherrschende Stellung der hochmonopolisierten Handelsketten und Verarbeitungsbetriebe. Bereits zwischen 1992 und 1999 gaben jährlich durchschnittlich 17.000 bäuerliche Betriebe auf, diese Entwicklung dauert an.

KÜRZUNGSPRAXIS RECHTSWIDRIG. Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, dass die Praxis der Kürzung der Sozialhilfe für Flüchtlinge im Widerspruch zu völkerrechtlichen Verpflichtungen der BRD steht: Das Bundessozialhilfegesetz regelt, dass Flüchtlingen, die eine räumlich nicht beschränkte Aufenthaltserlaubnis besitzen, sich aber außerhalb des Landes aufhalten, in dem diese erteilt wurde, nicht die volle Sozialhilfe, sondern nur die unabweisbar gebotene Hilfe gewährt werden darf. Damit sollen der Zuzug von Flüchtlingen in Ballungsgebiete gebremst werden. Das Gericht sieht darin eine Verletzung des Europäischen Fürsorgeabkommens, das die Gleichbehandlung von Flüchtlingen entsprechend der Genfer Flüchtlingskonvention und eigenen Staatsangehörigen vorschreibt. Den Flüchtlingen steht am jeweiligen Aufenthaltsort in der BRD die ungekürzte Sozialhilfe zu.

LAUSCHER ZURÜCK! Der per Landesgesetz geregelte große Lausangriff in Mecklenburg-Vorpommern ist nach einer Entscheidung des Landesverfassungsgerichts teilweise verfassungswidrig. Noch die CDU hatte das härteste Landes-, Sicherheits- und Ordnungsgesetz (SOG) verabschiedet. Das Gericht schränkte die weitreichenden Befugnisse der Polizei zur geheimen Überwachung von Privaträumen ein auf Fälle, in denen Menschenleben in Gefahr sind. Allerdings nimmt das Urteil Berufsgruppen mit „besonders geschützten Vertrauensverhältnissen“, Anwälte, Ärzte, Journali-

sten, nicht völlig von der Überwachung aus. Das Gericht sprach übrigens die zweite Beanstandung des SOG aus. Im Oktober 1999 hatte es die Bestimmungen zur Schleierfahndung für „überwiegend verfassungswidrig“ erklärt und beschränkt. Der SPD-Innenminister bedauerte das Urteil. Der innenpolitische Sprecher der PDS-Fraktion hingegen sah die Kritik am Gesetz bestätigt.

GLEICHBEHANDLUNG! Statt 800 Mio. DM erhalten die ehemaligen NS-Zwangsarbeiter aus Ost- und Südosteuropa nur noch 540 Mio. Vereinbart haben diese Kürzung die Verhandlungsführer Lambsdorff (BRD) und Eizenstat (USA) unter Ausschluss der Betroffenen. Den rund 100.000 noch lebenden Opfern aus den baltischen Republiken, dem früheren Jugoslawien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, der Slowakei sowie den Roma und Sinti war der Anteil am Entschädigungsfonds bereits im März von 1,2 auf 800 Millionen gestrichen worden, so dass er nach der neuerlichen Kürzung weniger als die Hälfte der ursprünglichen Zusage beträgt. Die PDS-Abgeordnete Jelpke verlangt von der Bundesregierung, „dass sie zu ihrem Versprechen steht, alle ehemaligen Zwangsarbeiter gleich zu behandeln“. Die ausstehende Summe solle aus den Zinserträgen des Stiftungsfonds aufgebracht werden. Derweil verfehlt die deutsche Wirtschaft ihren Anteil von 5 Mrd. DM immer noch um gut 2 Mrd. DM.

KEINE VERHERRLICHUNG! Die PDS-Bundestagsfraktion hat einen Gesetzentwurf beschlossen, der eine Verschärfung der Strafverfolgung bei Verherrlichung verbotener nationalsozialistischer Organisationen vorsieht. Parolen wie „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“, die auf Demonstrationen der NPD immer wieder skandiert wurden, jedoch von den Staatsanwaltschaften bisher trotz zahlreicher Proteste in der Öffentlichkeit und trotz vieler Strafanzeigen nicht verfolgt wurden, sollen nach Auffassung der PDS durch die Einfügung eines §86b ins Strafgesetzbuch als „Verherrlichung verbotener nationalsozialistischer Organisationen“ künftig mit bis zu drei Jahren Haft oder Geldstrafe bedroht werden.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Auf der Tagesordnung des Bundestags stehen am 8.6. u.a. die Europapolitik, behandelt durch einen CDU/CSU-Antrag zur „inneren Reform der EU, Stand der Regierungskonferenz, Stabilität des Euro und Haltung zu Österreich“ sowie einen FDP-Antrag „Beziehungen zu Österreich normalisieren“ und der Migrationsbericht. Am 9.6. geht es dann u.a. um die deutsch-tschechischen Beziehungen, hier liegt ein Antrag der CDU/CSU („Versöhnung durch Ächtung von Vertreibung“) und der Regierungskoalition („Weiterentwicklung der deutsch-tschechischen Beziehungen“) vor.

Vor der Entscheidung über die Wehrpolitik

Am 14. Juni, also schon sehr bald, will die Bundesregierung die Eckpunkte zur zukünftigen Entwicklung der Bundeswehr beschließen. Neben den Empfehlungen der sog. Weizsäcker-Kommission – sie liegen im Wortlaut erst nach Redaktionsschluss vor – gibt es aus den letzten Tagen eine Reihe von Stellungnahmen (siehe auch Dokumente auf S. 4). In der Diskussion schälen sich – sieht man einmal von der radikalen Kritik der PDS ab – zwei Grundrichtungen heraus, die beide den Umbau der Bundeswehr zu einer modernen Interventionsarmee zum Inhalt haben. Die eine Grundrichtung, vertreten v.a. von der Weizsäcker-Kommission, will die Anstrengungen darauf konzentrieren und nimmt dafür die Reduzierung der Gesamtumfangs in Kauf. So will die Kommission die Bundeswehr auf 240.000 reduzieren und die Wehrpflicht zwar nicht abschaffen, die Zahl der Wehrpflichtigen jedoch von jetzt 135.000 auf 30.000 verringern, die sog. Krisen-Reaktionskräfte dagegen auf 140.000 aufstocken. Den anderen – deutlich kostspieligeren – Pol vertritt am deutlichsten die CSU: Sie will weder am Personalumfang der Bundeswehr noch an der Wehrpflicht rütteln. Scharping selbst

legte sich, bevor noch die von ihm eingesetzte Kommission ihre Ergebnisse offiziell veröffentlichte, fest. Er befürwortet eine Reduzierung auf 280.000 bei einem Anteil von ca. 70.000 Wehrpflichtigen und einer Verkürzung der Wehrpflicht auf 7 Monate am Stück plus 2 Monate Wehrübungen. Einige Landesvorsitzende der SPD, so aus Bayern, Baden-Württemberg und dem Saarland, fordern die Abschaffung der Wehrpflicht. Die Fraktion der Grünen verabschiedete einen Beschluss, der die Koalition einer Zerreißprobe aussetzte, würde sie ihn befolgen – aber das scheint jetzt schon aufgrund widersprechender Äußerungen aus Fraktionskreisen und aufgrund von Zeitungsberichten, wonach die grüne Fraktionsführung Scharping unterstützt, mehr als fraglich.

Der Streit um die Wehrpflicht

Die Wehrpolitik steht in engem Zusammenhang mit der Europapolitik. So dürfte es kein Zufall sein, dass das Auswärtige Amt Fischers Europa-Konzeption gerade jetzt, vor der Entscheidung über die Zukunft der Bundeswehr, in die Öffentlichkeit trug. Die Herausbildung eines wirtschaftlich-politisch-militärischen Machtzentrums hat für die Wehrpolitik zwangsläufige Folgen. Das Machtzentrum muss über Truppen verfügen, die in

der Lage sind, seine wirtschaftlichen Interessen in der Peripherie und gegebenenfalls weltweit abgestuft zur Geltung zu bringen. „Deutschland kommt ... aufgrund seiner Größe und Wirtschaftskraft eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung eines sicheren europäischen Umfelds zu“, so der Generalinspekteur von Kirchbach („Die Bundeswehr an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“). Insofern ist man sich auf Seiten der Politik von Stoiber und Scharping bis Weizsäcker und Beer auch einig, dass die BRD – endlich! – eine schlagkräftige Interventionstruppe benötigt, die schnell in die Krisenregionen geworfen werden kann. Einig ist man sich auch, dass man dazu hochqualifizierte, hochspezialisierte und hochmoderne ausgerüstete Eingreiftruppen



braucht. Worum geht es also bei dem Streit um die Wehrpflicht?

Von den Befürwortern der Wehrpflicht wird zum einen ins Feld geführt, dass die „Landesverteidigung“, die die Wehrpflicht in Deutschland begründet, Aufgabe bleibt. „So lange keine Stabilität in der Russischen Föderation und in den Nachfolgenstaaten der Sowjetunion besteht, so lange ist die letzte Möglichkeit einer massiven militärischen Bedrohung nicht ausgeschlossen und so lange muss die Wehrpflichtarmee mit Aufwuchsfähigkeit im Ernstfall aufrecht erhalten werden“, so etwa der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehr-Verbandes (DBV), Oberst Gertz. (Yahoo!, 16.5.)

Zum anderen machen die Wehrpflicht-Befürworter geltend, dass die Bundeswehr Kriseneinsätze in großen Entfernungen, womöglich über lange Zeit und womöglich gleichzeitig stattfindende Einsätze durchstehen könne müsse. „Überlebensfähigkeit und Durchhaltefähigkeit müssen den Anforderungen gleichzeitig stattfindender Einsätze in unterschiedlichen Einsatzgebieten genügen und sicherstellen, dass auch lang andauernde Einsätze bewältigt werden können.“ (Kirchbach, a.a.O.) In einer Auswertung der Erfahrungen der Bundeswehr im Kosovo-Krieg hob der Parla-

mentarische Staatssekretär Kolbow hervor, dass die Anforderungen in solchen Einsätzen „nur unter Heranziehung großer Teile der gesamten Streitkräfte“ möglich seien. Hinzu kommt: Wenn die Interventionsarmee – wie im Eroberungskrieg gegen Jugoslawien – sich mittels technischer Überlegenheit durchsetzen will, entsteht neben den immensen Kosten auch ein erhebliches Motivierungsproblem, wenn die entsprechenden hochspezialisierten Kräfte über die Armee herangebildet und unterhalten werden. Dieses Problem lässt sich durch gezielten Rückgriff auf Wehrpflichtige leichter lösen, wie schon im Eroberungskrieg gegen Jugoslawien sich zeigte. In diesem Zusammenhang verdient die von Scharping ins Werk gesetzte „strategische Partnerschaft Bundeswehr – Wirtschaft“ große Aufmerksamkeit.

Schließlich werben die Wehrpflicht-Befürworter mit dem Argument, eine Freiwilligenarmee wäre der Bevölkerung entfremdet. Dagegen verankert die Wehrpflicht „die Bundeswehr in unsere Gesellschaft durch ständigen Personalaustausch zwischen Streitkräften und deren zivilem Umfeld“, so der DBV-Vorsitzende Gertz. Das erschwere, fährt er fort, weltweite Einsätze. Die Wehrpflicht mag die Herrschenden vor höhere Anforderungen im Kampf um die öffentliche Meinung führen. Auf der anderen Seite legitimiert sie angesichts durchgespielter Kriegeinsätze den Grund- und Lebensrechte aussetzenden Zugriff des Staates auf die männliche Jugend, setzt sie das Verlangen, für Deutschland zu töten und zu sterben. Sie verankert das Militärische in der Gesellschaft, setzt die Außenpolitik in den Stand, mit den gesamten materiellen und ideellen Ressourcen der Gesellschaft zu drohen.

Das hier nur ganz auszugsweise dokumentierte Konzept der PDS-Bundestagsfraktion nimmt viele Forderungen der Friedensbewegung auf und ist eine gute Grundlage für alle Kriegsgegner, den Meinungskampf über die Wehrpolitik zu forcieren. Die Verkleinerung der Armee, die Abschaffung der Krisenreaktionsverbände, die radikale Abrüstung und die sofortige Aussetzung der Wehrpflicht mit dem Ziel ihrer völligen Abschaffung sind Eckpunkte des Konzepts, ebenso die Forderung nach „außenpolitischem Paradigmenwechsel“, d.h. die nach einer Außenpolitik, die auf Entmilitarisierung setzt.

scc

Stellungnahmen zur Bundeswehr-Diskussion

CDU: Presseerklärung des Generalsekretärs zu den Vorabveröffentlichungen der Wehrstrukturkommission, 6.5.

Die bekannt gewordenen Vorschläge der Wehrstrukturkommission gefährden die Wehrpflicht und damit die Stabilität der Bundeswehr. Die CDU Deutschlands lehnt die von der Wehrstrukturkommission vorgeschlagene Senkung des Streitkräftenumfangs auf 240.000 Mann und die Reduzierung der Zahl der Wehrpflichtigen auf 30.000 Mann ab. (...) Durch diese Reduzierungen würde die Glaubwürdigkeit der Wehrpflicht beschädigt. (...) Die Bundeswehr könnte ihre NATO-Bündnisverpflichtungen nicht mehr in vollem Umfang erfüllen, weil die Aufwuchsfähigkeit im Krisenfall nicht mehr voll gewährleistet wäre. (...)

Quelle: www.cdu.de

CSU: Beschluss des Vorstands: Eine leistungsfähige Sicherheits- und Verteidigungspolitik für Deutschland und Europa, 20.5.

(...) Für eine Verkleinerung der Bundeswehr gibt es keine politischen und strategischen Spielräume. Heute sind Mittel- und Nordeuropa und der Ostseeraum befriedet. Aber im östlichen und südlichen Krisenbogen Europas gibt es erhebliches Konfliktpotential, vor allem in Südosteuropa und im Mittelmeerraum sowie in Zentralasien. Konflikte und Krisen am Ort ihres Entstehens zu lösen und im Auftrag der internationalen Gemeinschaft sofort einzudämmen, das wird die wahrscheinlichste Einsatzart der europäischen Streitkräfte sein. Diese Aufgabe kann jeden Tag auf die Streitkräfte zukommen. Nur so kann verhindert werden, dass sich Krisen zum Flächenbrand ausweiten und womöglich auch unser Land erreichen. Krise und Krieg können rasch ineinander übergehen. Auch auf Angriff von außen muss das Bündnis und damit auch wir weiterhin vorbereitet sein. Wir müssen daher unsere Fähigkeit zur Verteidigung erhalten ...(...)

Andere Einsatzbedingungen verlangen andere militärische Fähigkeiten als bisher. (...) Die entsandten Kontingente müssen lange durchhalten können. Dazu müssen in der Heimat Reserven zur Verstärkung und Rotation bereitstehen. (...) Aber auch andere Aufgaben müssen bewältigt werden – von der Katastrophenhilfe über Luft- und Seeraumsicherung bis hin zu Evakuierungsoperationen, humanitärer Hilfe oder Abwehr von militantem Terrorismus. (...) Für die Größe der Bundeswehr bedeutet dies, dass es keinen Spielraum für eine spür-

bare Verkleinerung gibt. Der Umfang der Streitkräfte ist nicht zuletzt auch eine politische Größe, in der sich für unsere Partner die Bereitschaft und der Wille Deutschlands widerspiegelt, einen seiner Größe angemessenen Beitrag zur europäischen und transatlantischen Außen- und Sicherheitspolitik zu leisten. (...)

Quelle: www.csu.de

Bündnis 90/Die Grünen: Beschluss der Bundestagsfraktion vom 16.5.: Die Bundeswehr reformieren

(...) Eine neue Zeit braucht eine andere Bundeswehr. Durch die weltpolitischen Veränderungen hat die Landesverteidigung an Bedeutung verloren. Landesverteidigung ist heute vielmehr Bündnisverteidigung. Gleichzeitig werden wir im Rahmen der kollektiven Sicherheit mit neuen Anforderungen im Bereich der Krisen- und Konfliktbewältigung konfrontiert. Bündnis 90/Die Grünen wollen eine kleine, moderne und auf die friedenspolitischen Anforderungen des 21. Jahrhunderts ausgerichtete Bundeswehr. Die außenpolitische Tradition des Multilateralismus sowie der militärischen und machtpolitischen Selbstbeschränkung muss, unabhängig von der zukünftigen Wehrform, ebenso weiter gelten wie das Primat der Politik. Dies bedeutet, dass die Bundeswehr auch in Zukunft kein Instrument der militärischen Machtprojektion oder globalen militärischen Interessendurchsetzung, also keine Interventionsarmee werden darf. (...) Auf Grund der sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen kann der Gesamtumfang der Bundeswehr in den kommenden Jahren auf 200.000 Soldatinnen und Soldaten abgesenkt werden.

Auslaufmodell Wehrpflicht. Die Wehrpflicht hat jede plausible sicherheitspolitische und demokratische Begründung verloren. (...) Bündnis 90/Die Grünen setzen sich daher für ein zügiges und sozialverträgliches Auslaufen des Wehr- und Zivildienstes ein. Gleichzeitig sollen schon heute alle freiwilligen Dienste gefördert werden. (...)

Quelle: www.gruene.de

PDS: Konzept der PDS-Bundestagsfraktion zur Zukunft der Bundeswehr: Für eine 100.000-Personen-Armee, 17.5.

I. Ziele einer Bundeswehr-Reform

1. Die PDS strebt den sozialverträglichen Abbau der Bundeswehr auf eine vorerst 100.000-Personen-Armee möglichst innerhalb von fünf, allerhöchstens aber acht Jahren an. (...)

2. Die PDS lehnt den Umbau der Bundeswehr zu einer hochmobilen, weltweit einsetzbaren Interventionsarmee ab. Der Auftrag der Streitkräfte soll strikt auf die territoriale Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland bzw. die kollektive Verteidigung im Rahmen des

NATO-Bündnisses begrenzt werden. Daher ist der Aufbau der Krisenreaktionsverbände rückgängig zu machen, das Kommando Spezialkräfte (KSK) ist aufzulösen, die Pläne zur Aufstellung weiterer „Schneller Eingreiftruppen“ sind ad acta zu legen. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 sind aufzuheben.

3. Die PDS fordert, die Wehrpflicht unverzüglich auszusetzen. Deren endgültige Aufhebung durch eine Änderung des Grundgesetzes sollte mittelfristig angestrebt werden. Vor der Realisierung der Aussetzung der Wehrpflicht sind Bedingungen für eine soziale Daseinsvorsorge zu garantieren, welche die Aussetzung des Zivildienstes ermöglichen. Die Bundeswehr sollte nur zu einem kleinen Teil aus Berufssoldaten und überwiegend aus kürzer dienenden Zeitsoldaten zusammengesetzt sein. Ein permanenter Austausch mit der Gesellschaft muss gewährleistet und dem Entstehen einer von der übrigen Gesellschaft abgeschotteten Militärkaste begegnet werden.

4. Bei der Umwandlung der Bundeswehr müssen die Grundsätze der Inneren Führung („Staatsbürger in Uniform“) erneuert und mit neuem Leben erfüllt werden. Dazu gehört ... eine Traditionspflege, die konsequent mit autoritären bis faschistischen Traditionslinien bricht ... In diesem Zusammenhang schlägt die PDS eine Neufassung des § 7 des Soldatengesetzes vor: Die künftigen Soldatinnen und Soldaten sollten auf das Grundgesetz (und damit auch auf die Wahrung des geltenden Völkerrechts) vereidigt werden.

5. Aus dem strikt auf Verteidigung begrenzten Auftrag der deutschen Streitkräfte folgt, dass es einen radikalen Schnitt bei der Ausrüstung der Bundeswehr geben muss. Planungen der Teilstreitkräfte, die darauf hinaus laufen, Deutschland militärpolitischen Einfluss maximieren zu wollen, sind einzustellen: Großwaffensysteme, die die Angriffsfähigkeit bzw. die Fähigkeit zur sog. „Machtprojektion“ erhöhen sollen, werden aus der Beschaffungsplanung herausgenommen; der Zukauf bereits bestellter Waffensysteme dieser Art wird storniert. Dies betrifft besonders den Eurofighter 2000, die neuen Kampfhubschrauber und die von der Marine gewünschten neuen Transportschiffe. (...)

7. Ein wichtiger Bestandteil des Umbauprogramms sollte der Aufbau neuer Einrichtungen im Bereich der internationalen Konfliktbearbeitung und der Katastrophenhilfe sein. So schlagen wir die Aufstellung eines zivilen Green Corps vor, das im Rahmen der Katastrophenhilfe aktiv werden und zunächst ca. 10.000 Beschäftigte umfassen sollen. (...)

Quelle: www2.pds-online.de

Offene Grenzen für Menschen in Not und gleiche Rechte?

Das Thema „Green Card“ und „Einwanderung“ ist in aller Munde. Nicht nur wegen der 20.000 Experten, die die IT-Branche (IT = Informationstechnologie) im Ausland werben will. Auch andere Branchen haben bereits ihren Bedarf angemeldet. Damit zeichnet sich ab: Die Debatte um die Green Card ist der Auftakt für eine neue Einwanderungspolitik. Starke Kräfte in der Gesellschaft, vor allem die Industrie, wollen eine Neuauflage von Wanderarbeit, um sich mit billigen Arbeitskräften aus dem Ausland eindecken zu können. Damit kommen Probleme wieder, wie wir sie aus den Anfängen der sog. „Gastarbeiterbeschäftigung“ aus den 60er Jahren kennen: „Sie wollten Arbeitskräfte, es kamen Menschen“.

Gegenwärtig kommen pro Jahr etwa 700.000 Menschen – als Flüchtlinge, Migranten, Aussiedler oder Familienangehörige – in die Bundesrepublik. Genauso viele Menschen wandern wieder aus oder werden gegen ihren Willen wieder abgeschoben. Das ergibt zusammen eine Netto-Zuwanderung von Null.

UN-Experten haben dagegen erklärt, Industriestaaten wie die Bundesrepublik brauchten allein aus demografischen Gründen in den nächsten Jahren eine jährliche Netto-Zuwanderung von 500.000 Menschen.

Offene Grenzen für Menschen in Not!

Offene Grenzen für Menschen in Not ist eine alte demokratische Forderung. Deshalb ist es selbstverständlich zu begrüßen, wenn jetzt auf dem Umweg über die „Green Card“ eine Versachlichung der Debatte über Fragen von Asyl und Migration möglich scheint.

Die rassistische Hetze von Leuten aus CDU/CSU wie Rüttgers, Koch, Beckstein etc. mit ihrer „Kinder-statt-Inde“-Parole geht vielen Menschen schon lange auf die Nerven. Sie ist Wasser auf die Mühlen der Rechtsradikalen. Viele Menschen verbinden deshalb mit der Green-Card-Debatte die Hoffnung, dass die Bundesrepublik weltoffener wird. Sie hoffen, dass der deutsch-völkische Rassismus, der bisher jede Diskussion über Asyl und Migration bestimmt, durch die Green-Card-Debatte zurückgedrängt wird. Leider werden diese Hoffnungen weder durch die Einführung von Green Cards noch durch ein „Einwanderungsgesetz“ erfüllt werden.

Statt dessen erleben wir schon jetzt in der Diskussion eine neue Sortierung von Menschen. Auf einmal ist die Rede von guter und schlechter Einwanderung. Wer zu einer vermeintlichen Elite gehört, jung und billig ist und der Wirtschaft nützt, soll künftig leichter als bisher kommen können. Wer wegen politischer Verfolgung



oder sozialer Not kommt, wird dagegen weiter diskriminiert und sogar wieder abgeschoben. Diese Unterscheidung in angeblich nützliche und angeblich weniger nützliche Menschen widerspricht jedem demokratischen Menschenbild und jeder Gleichberechtigung.

Die CDU/CSU und andere, z.B. Innenminister Schily, wollen die Diskussion um die „Green Card“ sogar dafür nutzen, um das Asylrecht noch weiter einzuschränken. „Green Card ja – Asylrecht nein!“ lautet ihre inhumane Parole. Das entspricht der neoliberalen Logik auch auf anderen Feldern: Alles, was angeblich der Wirtschaft nutzt, ist gut, alles andere ist schlecht.

Die Menschen müssen im Mittelpunkt stehen, nicht die Wirtschaft

Diese neoliberale Logik ist unvereinbar mit Humanität und Achtung der Menschenwürde. Zumal die gleiche IT-Industrie, die jetzt die Green Card für sich verlangt, ältere Arbeitskräfte feuert, sobald diese angeblich zu teuer werden, und sich hartnäckig weigert, Arbeitslose oder junge Menschen umzuschulen oder auszubilden. Die gleichen Leute, die bei Sozialleistungen immer als erste nach „weniger Staat“ rufen, damit sozial Schwache noch weniger bekommen, rufen jetzt nach Staatshilfe bei der Anwerbung von Arbeitskräften im Ausland, um so noch mehr Gewinne zu machen.

Green Card ist eine Form von Kolonialismus

Das Heuern und Feuern von Menschen aus anderen Ländern ist auch eine neue Form von Kolonialraub. Schon vor Jahren wurde dafür der Begriff des „Brain Drain“ (auf deutsch etwa: „Abzug von Gehirnen“) entwickelt: Die einen Länder behindern für viel Geld Arbeitskräfte aus, Firmen in anderen Ländern werben diese Leute ab und machen damit ihre Profite. Eine solche Politik verfestigt das Wohlstandsgefälle auf diesem Erdball – den Nord-Süd-Gegensatz ebenso wie in Europa das Wohlstandsgefälle von West nach Ost. Werden diese abgeworbenen Menschen später einmal alt oder krank, werden sie wieder abgeschoben. Das alles ist also inhuman und unsozial.

Einwanderungsgesetz = weniger Einwanderung

In der Industrie, bei CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP fordern viele neuerdings ein Einwanderungsgesetz. Das gilt auf einmal als „modern“. In Wirklichkeit meinen

diese Leute eine Einwanderungsbegrenzung. Opfer eines solchen Gesetzes wären vor allem die Flüchtlinge, die Aussiedler und die im Ausland lebenden Familienangehörigen von hier bereits lebenden Menschen. Sie alle sollen in Folge von so einem „Einwanderungsgesetz“ am Ende noch mehr Schwierigkeiten haben, ins Land zu kommen. Jedes Einwanderungsgesetz ist deshalb in Wirklichkeit ein „Einwanderungs- und Asyl-Verhinderungsgesetz“.

Asylrecht wiederherstellen!

Eine demokratische Korrektur unserer Migrations- und Asylpolitik ist überfällig. Das Arbeitsverbot für Flüchtlinge und das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz müssen ersatzlos aufgehoben, das Asylrecht wiederhergestellt werden. Frauenspezifische Fluchtgründe und nichtstaatliche Verfolgung werden in anderen EU-Ländern schon lange als Asylgrund anerkannt – nur nicht bei uns.

UN-Konvention über Wanderarbeit ratifizieren!

Die Schikanierung und Diskriminierung von MigrantInnen muss endlich aufhören. Menschen, die zu uns kommen, müssen sich dauerhaft niederlassen dürfen. Sie dürfen nicht länger diskriminiert werden. Sie müssen gleiche soziale und politische Rechte haben wie alle anderen, die schon hier leben. Eine 1990 beschlossene UNO-Konvention fordert für alle Wanderarbeiter:

- Schutz vor Diskriminierung
- Freizügigkeit, Recht auf Familiennachzug
- Freie Ausübung der Religion, freie kulturelle Betätigung
- Kündigungsschutz, Schutz vor Ausweisung, gleiche soziale Sicherheit wie die Staatsangehörigen des Anwerbestaates, gleicher Zugang zu Berufsberatung, Arbeitslosengeld, Umschulung, Schutz vor Mietwucher
- gleiche Bildung und Ausbildung für ihre Kinder
- freie politische und gewerkschaftliche Betätigung, Streikrecht.

Diese Konvention wurde von der alten Regierung aus CDU/CSU und FDP nicht unterzeichnet, weil sie den Herren Kohl, Kinkel und Kanther zu weit ging. Auch die rot-grüne Regierung weigert sich bis heute, die Konvention zu unterzeichnen. Das dürfen wir nicht hinnehmen! Die UN-Konvention über Wanderarbeit muss bedingungslos ratifiziert werden. Dafür sollten auch die Gewerkschaften, Flüchtlings- und Menschenrechtsgruppen eintreten.

Offene Grenzen für Menschen in Not, Asylrecht, Niederlassungsrecht und gleiche Rechte für alle Menschen, die hier bleiben wollen – das wäre eine humane und demokratische Asyl- und Migrationspolitik. Dafür müssen wir weiter kämpfen – im Parlament wie außerhalb.
Ulla Jelpke (MdB), innenpolitische Sprecherin der PDS im Bundestag

Liberaler F.D.P. will ihre Linie durchsetzen

Auch wenn SPD und Grüne zusammen die Mehrheit für eine Regierungsmehrheit erhalten haben, mussten beide, vor allem aber die Grünen, herbe Verluste hinnehmen. Die CDU hat zwar ebenfalls Verluste einstecken müssen, diese werden im wertkonservativen Lager aber durch die Gewinne der F.D.P. kompensiert, die mit 9,8 % in den Landtag einzieht.

Ein wenig beachteter Gewinner sind die Republikaner. Sie erzielten mit 83.251 Stimmen (1,1%) fast 20000 Stimmen mehr als bei der letzten Landtagswahl, obwohl sie nur in 132 Wahlkreisen antraten. Relativ hohe Ergebnisse erzielten sie in Teilen des Ruhrgebiets. Rüttgers übles Spiel hat die Rechten mobilisiert und ihnen zum Teil Stimmen gebracht, die die CDU wegen der Spendenaffäre nicht bei sich sammeln konnte. Für das konservative Lager scheint klar zu sein, dass die CDU als einzige konservative Kraft nicht ausreichend ist.

Die F.D.P. ist wieder da, und das mit einem Möllemann an der Spitze. Einem Mann, der ungeniert und menschenverachtend für die einfache Arbeit Bedingungen einfordert, die den Tod mit sich bringen können – z.B. forderte er in einer WDR-Fernsehdiskussion die Reinigung von Leitplanken an den Autobahnen in der Nachtzeit (damit er nicht im Stau steht). Die F.D.P. hat sich von ihren nun länger zurückliegenden Affären um Spenden, Chips und Panzer erholt und konnte die Stimmen der enttäuschten CDU-Wähler einsammeln. Die F.D.P. hat aber nicht nur Wechselwähler von der CDU gewonnen. Die Forschungsgruppe Wahlen kommt zu dem Ergebnis, dass sie vor allem bei den jungen und Erstwählern überdurchschnittliche Zuwächse und Anteile verzeichnen kann. Es wird nötig zu beobachten, ob die neue F.D.P.-Fraktion ihre Verbindungen zum deutschnationalen Lager um die *Junge Freiheit* wieder aufleben lässt. Das gilt im übrigen auch für die CDU, deren früherer Fraktionschef Larenz Meyer nicht vor Interviews mit dem Blatt zurückschreckte.

Die SPD geht mit Clement trotz ihrer Verluste wohlgenut in die Koalitionsverhandlungen. Sie kann die Grünen immer mit einer Regierungsbeteiligung der F.D.P. unter Druck setzen. Versuchen wird Clement das auf jeden Fall. Für die Grünen hat die direkte Beteiligung an der Regierungsmacht in den letzten zwei Jahren keine Stimmgewinne gebracht. Zu sehr haben sie in der Regierung ihre eigenen Positionen verlassen, und damit verlieren sie einen Teil ihrer Wählerklientel.

Clement und die nordrhein-westfälische SPD orientiert in ihrer Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik eher an neoliberalen Wirtschaftsvorstellungen. Den Kräften des Marktes soll möglichst freie

Bahn geschaffen werden. Dem haben die Grünen wenig entgegengesetzt und eher viel übernommen, ob in der Bildungspolitik, bei der Verwaltungsreform oder der Innen- und Ausländerpolitik. Es ist nicht zu erwarten, dass sich dies in der nächsten Legislaturperiode ändern wird, wenn sie sich auf eine Koalition mit der SPD verständigen. Ein anderer Kurs würde den Grünen und einem Teil des gesellschaftlichen Widerstandes nutzen.

Eine SPD-F.D.P.-Koalition ist nicht ausgeschlossen. Möllemann drängt jedenfalls darauf, und Äußerungen aus der Landes-SPD schließen solches nicht aus.

Obwohl die unsägliche Inder-Kampagne von Rüttgers der CDU keine Stimmenzuwächse gebracht hat, hat die CDU es doch geschafft, damit weitgehend die öffentliche Diskussion zu dominieren.

Anders als bei der letzten Landtagswahl, als das Wahlergebnis und die darauffolgende rot-grüne Koalition noch Hoffnungen auf eine Linksentwicklung weckte, ist diesmal das Gegenteil der Fall.

Die jetzt erneut noch niedrigere Wahlbeteiligung zeigt im Übrigen, dass viele Einwohnerinnen und Einwohner Nordrhein-Westfalens in der Parteienwahl keine Möglichkeit mehr sehen, Einfluss auf die Richtung der Politik zu nehmen. Das jetzt seit 150 Jahren bestehende Parteiensystem kann alleine keine gesellschaftlichen Probleme mehr lösen. Andere Methoden des gesellschaftlichen Diskurses und der Einflussnahme aller auf die Politik müssen entwickelt werden.

Die PDS hat mit 1,1% und 79.891 Stimmen mit Mühe an ihr Bundestagsergebnis 1998 von 1,1% anknüpfen können, allerdings hat sie damals mit deutlich höherer Wahlbeteiligung 130.000 Zweitstimmen in NRW erhalten. Das Ergebnis ist niedriger als viele erhofft haben. Es belegt aber auch, dass sich ein kleiner Stamm von Wählerinnen und Wählern herausgebildet hat, die die PDS als Partei wählen, ohne ihre Stimme an einzelne bekannte Personen zu binden. Das macht Mut, den Aufbau der PDS zu einer Partei, die sich um die Interessen derjenigen kümmert, die bei den großen Parteien kein Gehör finden, voranzutreiben. Die örtliche Politik, ob außerhalb oder innerhalb der Kommunalvertretungen, ist Bedingung dafür. Sie ist angetreten mit der Forderung „Druck machen, PDS wählen“. Das ist eine Losung, die nicht nur im Wahlkampf gilt, sondern eine Leitschnur für die weitere Politik an den Orten und im Land ist. Und die Stimmergebnisse der anderen linken und kommunistischen Parteien zeigen, dass unter all diesen die PDS die einzige Partei ist, die achtbare Stimmergebnisse erzielen kann.

Die Verbindung mit dem gesellschaftlichen Widerstand, so breit und zersplittert er ist, ist eine Voraussetzung dafür, auch weiter Druck zu machen. Das ist angesichts der konservativen Hegemonie, die sich nach der Landtagswahl eher gefestigt hat, um so notwendiger.

Ulrike Detjen

Deutsch-tschechisch

Vier Tage, vom 9. bis zum 12. Mai, weilte der tschechische Präsident Václav Havel auf seinem ersten offiziellen Staatsbesuch in der BRD. In Berlin erhielt und verteilte er Orden, besuchte Bundespräsident Rau im Schloss Bellevue, speiste mit Bundeskanzler Schröder, unterbreitete Außenminister Fischer den Vorschlag eines NATO-Gipfels in Prag im Jahre 2002 und hörte sich von diesen und anderen zum achwievten Male an, was für ein toller „Fackelträger des Widerstandes“, „Vorkämpfer für Freiheit, Wahrheit und Demokratie“ er vor zehn Jahren gewesen sei. „Bei diesem Thema tummeln sich die Deutschen gerne und lange“, stellte die Prager Zeitung fest. Es war ja auch zweifellos ein angenehmeres Thema als die, die bei Havels weiteren Stationen anstanden: In der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen gedachte er der über tausend tschechischen Studenten und Wissenschaftler, die im November 1939 nach der Schließung der Hochschulen im „Protektorat Böhmen und Mähren“ nach Sachsenhausen verschleppt – und etliche von ihnen ermordet – wurden. Und anschließend besuchte Havel Schloss Cecilienhof in Potsdam, wo 1945 die Potsdamer Konferenz stattfand, deren Ergebnisse allen strammen Deutschen bis heute ein besonderer Dorn im Auge sind.

Havel in Bayern

Die letzte Station auf Havels Reise hieß

IWF/Weltbank-Gipfel

Kommt zu Tausenden nach Prag!

Der folgende Appell wurde vom Tschechischen Kommunistischen Jugendverband herausgegeben.

Der nächste Gipfel von IWF und Weltbank wird im September 2000 in Prag stattfinden.

Es wird kein x-beliebiger Gipfel sein. Sein besonderer Zweck besteht darin, dem Kapitalismus und seinem „Triumph über den Kommunismus“ am Ende des Jahrtausends Tribut zu zollen. Darüber hinaus soll er diese bankrotten und halb-bankrotten Systeme des restaurierten Kapitalismus stützen, die jetzt vom Imperialismus heimgesucht werden.

Gleichzeitig soll er auch den in jämmerliche Armut gestürzten Menschen der Region vorführen, dass sie „keine andere Zukunft“ haben, als die neue Realität des „globalisierten Kapitalismus“ zu akzeptieren.

Die tiefere Realität wird darin bestehen, dass diese Länder stärker in die imperialistische Welt eingebunden werden, um das Herausziehen von Superprofiten

Die Beziehungen – so gut wie nie

Bayern. München, einstige „Hauptstadt der Bewegung“ und Schauplatz des Münchner Diktats, schien unpassend, und auch Nürnberg, der Stadt der Reichsparteitage, der Rassengesetze und der Sudetendeutschen Pfingstspektakel, fehlte die geeignete Symbolkraft.

So fiel die Wahl auf Regensburg als Mutter aller Steinernen Brücken und Sitz der Koordinierungsstelle des deutsch-tschechischen Jugendaustausches. Allerdings wird auch hier die bayerische Schirmherrschaft über die Sudetendeutsche Landsmannschaft gepflegt. Deren neuer Vorsitzender Bernd Posselt (MdB-SPD) hatte wenige Tage vor dem Havel-Besuch bei einem Vortrag an der Prager Karlsuniversität erneut die Forderung der SL nach Aufhebung der sog. Benesch-Dekrete aufgetischt. In Regensburg war für die Stunde, zu der Havel in Begleitung des bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber in der Innenstadt spazieren gehen sollte, eine Demonstration von Sudetendeutschen angekündigt. Doch nur eine Handvoll ganz Unentwegter forderte, furchtlos historische Tatsachen ignorierend, auf Tafeln „Gerechtigkeit für 241.000 ermordete und 3.000.000 vertriebene Deutsche“. Die SPD hatte offensichtlich an diesem Tag kein Interesse an lauten ordinären Tönen. Sie musste ihre außenpolitische Kompetenz beweisen. So waren auch die Studenten des Bohemikum, mit denen

Havel zum Schluss noch „diskutierte“, gut präpariert.

Eine Panne gab's trotzdem: Aufgerufen wurde, sei's aus Versehen, sei's mit Absicht, ein nicht mehr ganz jugendlicher „Student“, der die Absprachen nicht kannte und das altbekannte Lamento über die Benesch-Dekrete anstimmte. Havel erläuterte die tschechische Position dazu, und die gut tausend Zuhörer im überfüllten Hörsaal klatschten ihm Beifall. Letzteres wird Stoiber am wenigsten gefallen haben.

Die Woche danach

Der Staatsbesuch Havels, so die offizielle Version, diene der „Verbesserung der bilateralen Zusammenarbeit“. Mit welchem Erfolg?

Der tschechische Präsident weilte noch auf deutschem Boden, als Außenminister Fischer überraschend seine neuesten „Gedanken über die Finalität der europäischen Integration“ präsentierte. CDU-Schäuble anerkannte das Kind umgehend als Zwilling des „Kerneuropa-Papiers“, das er und Karl Lamers am 1.9.1994 veröffentlicht hatten. Die Ähnlichkeit der Zwillinge besteht nicht nur darin, dass nach diesen Vorstellungen der Kern – Deutschland zusammen mit der Atommacht Frankreich – Europa dominieren soll, während die übrigen Länder nicht viel zu melden haben. Selbst die berüchtigtste Drohung des

Schäuble-Lamers-Papiers findet in den Visionen Fischers ihren Widerhall. Hieß es bei jenen: Ohne „Eingliederung der mittelosteuropäischen Nachbarn in das (west-)europäische Nachkriegssystem ... könnte Deutschland aufgefordert werden oder aus eigenen Sicherheitszwängen versucht sein, die Stabilisierung des östlichen Europa alleine und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen“, so sagt jetzt Fischer: „Die Erweiterung liegt gerade für Deutschland im obersten nationalen Interesse. Die in Deutschlands Dimension und Mittellage objektiv angelegten Risiken und Versuchungen werden durch die Erweiterung bei gleichzeitiger Vertiefung der EU dauerhaft überwunden werden können...“ Ob das nun gerade das nachbarschaftliche Vertrauen stärkt? (siehe auch Seite 18ff. in dieser Ausgabe)

Die Opfer sind immer die Deutschen

Dagegen bemühte sich Havel, nach Prag zurückgekehrt, dem großen Nachbarn zu gefallen. Heftig rügte er seinen früheren Mit-Dissidenten Jiri Dienstbier, der als UNO-Menschenrechtsbeauftragter immer wieder die Kriegspolitik der NATO gegen Jugoslawien kritisiert. Über den Angriff im März 1999 hätten Leute entschieden, „die die Zustände auf dem Balkan überhaupt nicht kennen“. Dienstbier, so Havel, sei selbst „kein großer Kenner der Situation auf dem Balkan“

durch den Imperialismus noch leichter zu machen.

Für den Imperialismus bedeutet das nicht einfach ein zusätzliches Extra, sondern es ist absolut notwendig, um die Erzielung von Superprofiten zu intensivieren und Mittel zu finden, durch die sie ihre weltweite kapitalistische Krise hinausschieben können – eine Krise, die sich von Jahr zu Jahr verschärft und immer mehr Millionen ins Elend stürzt, während Ausbeutung, regionale Kriege,

imperialistische Invasion, Genozid und Umweltzerstörung ständig zunehmen.

Aber die Massen der Weltbevölkerung nehmen das nicht einfach passiv hin – sie schlagen zurück!

Arbeiter und Jugendliche hier in der Tschechischen Republik wollen teilnehmen an diesem globalen Zurückschlagen, es ist ihr Wunsch, dem IWF, der Weltbank, der EU, der NAFTA und dem G7 einen wirklichen Schlag zu versetzen!

Ein Massenprotest wird jetzt organisiert, an dem Arbeiter, Jugendliche, Studenten, Gewerkschaften, die Kommunistische Partei (KSCM), der Kommunistische Jugendverband (KSM), Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei (ČSD), revolutionäre und weit links stehende Organisationen beteiligt sind. Eine breite Einheitsfront der Werktätigen.

Mit dem Massenprotest sind Forderungen verbunden: Zerschlagung von IWF/Weltbank, sofortige Annullierung der Schulden und Bildung einer Alternative in Form einer weltweiten antikapitalistischen Allianz von Arbeitern, Bauern, Armen und national Unterdrückten, ohne jeden Kotau gegenüber den Speichelleckern und Versöhnern und Verbreitern imperialistisch-inspirierter Illusionen.

Die direkten Forderungen richten sich

nicht an die Versöhnler und Ihresgleichen, sondern an die Arbeiterorganisationen und ihre reformistische Führung: die IWF/Weltbank muss verschrottet und die Billionen-Dollar-Schulden müssen JETZT annulliert werden! Kein Kuhhandel und keine Appelle an den Imperialismus! Werbt in euren Gewerkschaften, euren politischen Parteien, euren Protestorganisationen, euren antirassistischen Initiativen und Foren dafür, und kommt en masse nach Prag in diesem September! Zehntausende hier zu sehen, das wünschen wir uns.

Ebenso wie die offizielle Kampagne „Arbeitereinheitsfront“ selbst werden wir regelmäßig Informationen über die Kampagne und ihre Entwicklung, ihre Forderungen, ihre Ziele und Mittel im Internet verbreiten.

Alle Aktivisten und Kämpfer, die daran interessiert sind, können Kontakt mit uns aufnehmen und regelmäßige Informationen und Updates bei uns abrufen.

Kommunistischer Jugendverband

Kontaktadresse:

KSM, Politických veznu 9

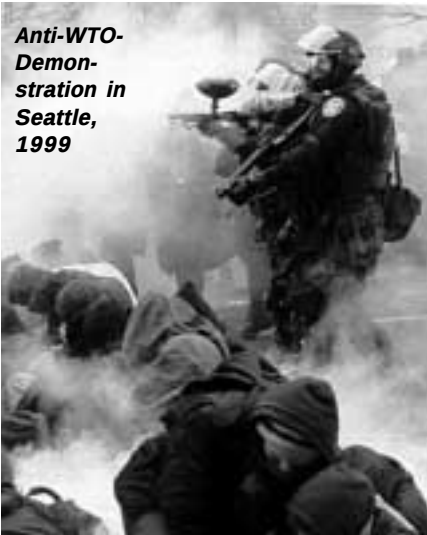
CZ-11121 Prag 8

Tschechische Republik

Tel: 00420-2-22897443/22897469

Fax: 00420-2-22897442

E-mail: KSM@seznam.cz



Anti-WTO-Demonstration in Seattle, 1999

und würde mit seiner Kritik an der Arbeit der internationalen Gemeinschaft in der Region „die Arbeit derjenigen beleidigen, die dort Schritt für Schritt versuchen, die Verhältnisse zu stabilisieren“ (Radio Prag, 18.5.2000). Wer mag sich da beschwert haben?

Glühend verteidigt wird der Krieg gegen Jugoslawien u.a. von den Vertretern der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Hemmungslos instrumentalisieren sie das tatsächliche und das erlogene Leid der Menschen, mit dem Stimmung für den Krieg gemacht wurde und wird. „Vertreibung“, jubelte der bisherige SL-Sprecher Franz Neubauer nach dem Beginn der Bombardements Ende März 1999, „wird jetzt als ein so schweres Verbrechen angesehen, dass man bereit ist, sogar mit Waffengewalt dagegen vorzugehen.“ „Völlige Parallelität“ sah Neubauer zwischen den Albanern im Kosovo und den Sudetendeutschen. Auf dem Sudetendeutschen Tag 1999 nannte Edmund Stoiber die Umsiedelung der Deutschen nach 1945 die „größte Vertreibung der Weltgeschichte“. Dass es deutsche Politik war, die die Voraussetzungen des Zusammenlebens von Tschechen und Deutschen zerstörte, und dass die überwältigende Mehrheit der Sudetendeutschen diese Politik mehr oder weniger aktiv begrüßte und unterstützte, das kommt bei den CSU/SL-Führern nicht vor. So heißt es auch im Aufruf zum Sudetendeutschen Tag 2000, die „Vertreibungen der letzten Jahre (haben) zu einem tiefgreifenden Umdenken geführt, nicht nur in Deutschland und Europa, sondern weltweit ... Ganz im Sinne dieser internationalen Entwicklung und dieses Umdenkens haben wir den Sudetendeutschen Tag dieses Jahres unter das Motto gestellt: ‚Vertreibung weltweit ächten‘.“

Die Deutschen als unschuldige Opfer, bei denen sich die anderen entschuldigen und bei denen sie etwas gutzumachen haben. Ein Geschichtsbild, das den Gedanken gar nicht erst aufkommen lässt, an deutschem Hegemonialstreben – früherem wie heutigem – könne etwas falsch sein. Es ist dieses Geschichtsbild, das auch dem jüngsten Vorstoß des SL-Vorstands zugrunde liegt. Nicht einmal eine Woche nach dem Staatsbesuch von Václav Havel bei Stoiber – und drei Wochen vor dem Sudetendeutschen Tag 2000 – richtete die SL an den deutsch-tschechischen Zukunftsfonds die Forderung, „sudetendeutsche Opfer tschechischer Gewalt“ zu entschädigen. In Berlin löste der Vorstoß vor allem die Sorge aus, als Antwort könnten von Seiten der mittel- und osteuropäischen Länder möglicherweise doch noch unbezahlte Reparationsforderungen auf den Tisch kommen.

Die deutsch-tschechischen Beziehungen aber sind, dem Vernehmen nach, so gut wie noch nie.

Renate Hennecke

Truppenanzug aus dem Kosovo?

US-Senat im Clinch mit Clinton-Regierung

Anfang Mai stimmte der Haushaltsausschuss des Senats mit einer überwältigenden Mehrheit von 23 zu 3 Stimmen einer Vorlage zu, wonach ab 1. Juli 2001 den US-Truppen im Kosovo alle Geldmittel gestrichen werden, es sei denn, der Kongress befürwortet rechtzeitig eine Verlängerung der Stationierung. Sofort begann die Clinton-Regierung, besonders aber das Pentagon gegen diesen Beschluss Sturm zu laufen. Für die USA setzt die Vorschrift praktisch ein Abzugsdatum fest. Kompliziert für Präsident Clinton wird es dadurch, dass die Vorschrift an einen fast 8,6 Milliarden Dollar schweren Nachtragshaushalt für militärische Bauvorhaben angehängt ist. Um Gesetzeskraft zu erhalten, muss der Nachtragshaushalt mitsamt der Vorschrift jedoch von der Senatsmehrheit akzeptiert werden. Die Kosovo-Gegner sind zuversichtlich, diese zu bekommen. Präsident Clinton wäre allerdings schon mit einer Ablehnung mit einem Drittel der Stimmen zufrieden. Clinton hat verlauten lassen, dass er lieber auf den Nachtragshaushalt verzichtet und stattdessen sein Veto einlegt, als dass er sich einem solchen Senatsbeschluss unterwerfen würde. Das Veto des Präsidenten kann nur mit einer zwei Drittel Mehrheit im Senat überstimmt werden. Im Senat sind 100 Senatoren.

Anführer des Angriffs auf Clintons Balkan Politik sind der demokratische Senator Robert Byrd und der Republikaner John Warner, Vorsitzender des Streitkräfteausschusses des Senats. Ein weiterer Punkt ihrer Kritik: Beide sind äußerst unzufrieden über den europäischen Beitrag zum Wiederaufbau des Kosovo. Im Repräsentantenhaus des US-Kongresses ist die Stimmung nicht besser. Bereits am Mittwoch dieser Woche entschied sich das „House“ mit 264 zu 153 Stimmen beider Parteien für eine Vorlage, die den Abzug der US-Truppen aus dem Kosovo bereits im April nächsten Jahres vorsieht, es sei denn, der amerikanische Präsident kann zertifizieren, dass die europäischen NATO-Alliierten im Kosovo einen größeren Teil der – wie es heißt – friedenserhaltenden Operationen tragen.

Der Nationale Sicherheitsberater Clintons, Samuel Berger, ist über den Aufstand des Kongresses gegen die Kosovo-Politik der Regierung „ausgesprochen entsetzt“. (US-Nachrichtensender ABC vom 9. Mai 2000) Außenministerin Albright mahnte, der Kongress spiele „mit Feuer“ („House Backs Language On Pull-out From Kosovo“, By Eric Pianin, Washington Post Staff Writer, Thursday, May

18, 2000; Page A11) und US-Verteidigungsminister Cohen warnte, dass dadurch nur Milosevic belohnt würde, während zugleich „die Beziehungen zwischen den USA und ihren Alliierten schweren Spannungen ausgesetzt würden.“ („Pentagon and Several Senators Oppose Plan on Pulling Out G.I.'s in Kosovo“, NYT, By ERIC SCHMITT, May 13, 2000). Anfang dieser Woche hat sich auch der republikanische Präsidentschaftskandidat George Bush junior gegen die Senatsvorlage ausgesprochen, weil sie ihm als Präsident im Kosovo die Hände binden würde. („G.O.P. Step on Kosovo Draws Fire From Bush“, NYT, By ERIC SCHMITT, May 17, 2000). Trotzdem ist es bisher der Regierung erst gelungen, insgesamt 11 Senatoren aus beiden Parteien für sich zu gewinnen.

Auch der umstrittene „Kriegsheld“ des Kosovo, US-General Clark, beschwört die schwerwiegenden Folgen für Frieden und Stabilität auf dem Balkan bei einem vorzeitigen Abzug. Clark hat jedoch stark an Glaubwürdigkeit eingebüßt, besonders seit der Enthüllung des Geheimberichts der



US-Air Force im Nachrichtenmagazin Newsweek, wonach die US-Luftangriffe der serbischen Armee so gut wie keinen Schaden zugefügt haben. Nur gegen zivile Ziele seien sie effizient gewesen. Weitere Zweifel an der Effizienz der K-FOR-Truppe schürt ein soeben erschienener, 90-seitiger Bericht des amerikanischen Rechnungshofs. Demnach hat die „NATO-geführte Friedensmissionen in Bosnien und Kosovo kaum Fortschritte bei der Schaffung friedfertiger und demokratischer Regierungen gemacht.“ Der Bericht warnt vor einer „ Eskalation der Gewalttätigkeit und bewaffneter Konflikte während der nächsten fünf Jahre, nicht nur in Bosnien und Kosovo, sondern auch in Mazedonien und Montenegro und Serbien.“ („US Study Offers Grim Prognosis for Lasting Peace in Balkans“, NYT, by Steven Lee Meyers, 16.5. 2000). Senator Warner, der als Vorsitzender des Streitkräfteausschusses den Bericht des Rechnungshofes veröffentlicht hat, sieht sich denn auch in seiner Entscheidung bestätigt, dem militärischen Kosovo-Abenteuer der USA eine zeitliche Grenze zu setzen. Nach mehrmaligen Aufschüben soll heute (Freitag) die entscheidende Abstimmung in Senat stattfinden. Der jüngste Erfolg der Kosovo-Gegner im Repräsentantenhaus des Kongresses dürfte es der Regierung noch schwerer machen, den Senat umzustimmen.

Rainer Rupp, Saarbrücken, 18.5.



Bulgarien: Seit Wochen schon streiken die Piloten der bulgarischen Fluggesellschaft Balkan Airlines. Bei einer Kundgebung auf dem Flughafen von Sofia fordern die Piloten eine Angleichung ihrer Lohn und Arbeitsbedingungen an die Verhältnisse im internationalen Luftverkehr.

Tschechien: PDS und KSCM vereinbaren Zusammenarbeit

Vertreter der PDS und der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSCM) haben im tschechischen Ort Cheb die Bildung einer Koordinierungsgruppe für grenzüberschreitende Zusammenarbeit vereinbart. Initiator des Treffens war Hans Modrow, Mitglied des Europa-Parlament und PDS-Ehrenvorsitzender. Er plädierte für eigene Konzeptionen der linken Parteien für die Reform und Erweiterung der EU. KSCM und PDS, die einen EU-Beitritt Tschechiens bis 2005 befürworten, wollen künftig energischer in die Gestaltung der Beziehungen zwischen ihren Ländern eingreifen. In der „Erklärung von Cheb“ betonen sie mit Bezug auf erpresserische Forderungen, die Annullierung der Benesch-Dekrete zur Vorbedingung für den EU-Beitritt Tschechiens zu machen: „Die wahren Herausforderungen für die Gestaltung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind anderer Art: Das Verhältnis zwischen den Bürgerinnen und Bürgern Tschechiens und Deutschlands kann sich nur auf der Grundlage der Versöhnung und des gegenseitigen Respekts entwickeln.“

Tschechien: Skoda geht komplett an Volkswagen

Die tschechische Regierung will nach langem Zögern ihren 30-prozentigen Anteil am Autobauer Skoda an den Mehrheitseigner Volkswagen verkaufen. Der stellvertretende Finanzminister Jan Mladek sagt am Freitag, das Geschäft sei vereinbart. Er lehnte es aber ab, weitere Einzelheiten zu nennen, ehe das tschechische Kabinett am Montag dem Verkauf zugestimmt habe. Über den Preis wurde nichts bekannt. Tschechische Zeitungen nannten eine Summe von 13 Milliarden Kronen (etwa 700 Millionen Mark/358 Millionen Euro). Volkswagen

hatte nach dem Zusammenbruch des Ostblocks Anteile an dem maroden Hersteller übernommen. Mittlerweile sind die Skoda-Modelle technisch ebenso gut wie VW-Autos, aber wesentlich billiger. Von der Wolfsburger VW-Zentrale war zunächst keine Bestätigung über den Kauf zu bekommen. (Quelle: AP)

Hühnerbaron in Ungarn abgeblitzt

Der als „Hühnerbaron“ bekannte deutsche Agrar-Unternehmer Anton Pohlmann aus dem niedersächsischen Neuenkirchen ist nun auch in Ungarn abgeblitzt. Der Unternehmer wollte dort insgesamt sieben Millionen Hühner halten. Nach Ansicht von Experten hätte dies den Geflügel- und Eiermarkt in Ungarn in eine Krise gestürzt, da es in ganz Ungarn derzeit nicht mehr als zehn Millionen Hühner gibt. Die Vorfälle in Deutschland, wo Pohlmann 1997 wegen Verstößen gegen das Tierschutz- und Arzneimittelgesetz rechtskräftig verurteilt worden war, hätten bei dieser Entscheidung den Ausschlag gegeben, sagte der ungarische Landwirtschaftsminister Jozsef Torgyan. Pohlmann war zu einer zweijährigen Bewährungsstrafe und einer Geldbuße in Höhe von 3,1 Millionen Mark verurteilt worden. Er hatte zur Bekämpfung eines Parasiten giftiges Nikotin-Sulfat versprühen lassen, woraufhin 60.000 Hennen qualvoll verendeten. (Quelle: dpa)

Bulgarien: Bulbank geht an Unicredito und Allianz

Die mit der Bankenprivatisierung beschäftigte staatliche bulgarische Konsolidierungsgesellschaft will mit einem Konsortium, bestehend aus dem italienischen Unicredito und der deutschen Allianz, exklusive Verhandlungen zur Übernahme der staatlichen 98%-Beteiligung an der Bulbank aufnehmen. Ein weiteres an der Übernahme des größten

bulgarischen Kreditinstitutes interessiertes Konsortium, bestehend aus dem Crédit Agricole und Gesellschaften im Einflussbereich der griechischen Familie Vardinioannis, sowie ein dritter Interessent, die belgische KBC, hatten das Nachsehen. Nach Meinung von Mitgliedern der Bankenkonsolidierungsgesellschaft könnten die Verhandlungen bereits Mitte Juni abgeschlossen werden. (Quelle: NZZ)

Mazedonien: Demonstrationen gegen die Regierung

Mit einer Großdemonstration in Skopje hat die mazedonische Opposition gegen die Regierung von Ljupco Georgievski mobil gemacht, die seit anderthalb Jahren im Amt ist. 40.000 Teilnehmer nahmen laut Agenturberichten an der Kundgebung teil. Die Unzufriedenheit großer Teile der Bevölkerung mit den politischen und wirtschaftlichen Zuständen des Landes ist offensichtlich. Die Regierung ist an verschiedenen Fronten unter Druck: Die Arbeitslosigkeit erreicht fast 30 Prozent, die nur stockend vorankommende Privatisierung ist von Korruptionsgerüchten umwittert, die überfällige Straffung des notorisch ineffizienten Verwaltungsapparats wird hinausgezögert, der Streit um die albanische Universität in Tetovo schwelt weiter. Alle diese Probleme bestehen seit Jahren. Sie wurden von der früheren Regierung nicht gelöst und durch die Kosovo-Krise weiter kompliziert. Nun verdichtet sich der Eindruck, dass die gegenwärtige Regierung ihnen auch nicht gewachsen ist. Obendrein droht das diplomatische Theater um die Anerkennung Taiwans die Regierung zu sprengen. In der Taiwan-Affäre spiegelt sich das Schwanken der mazedonischen Politik zwischen großen Ankündigungen und ausbleibenden Leistungen am besten. Der Geschäftsmann und Koalitionspartner Vasil Tupurkovski hatte in einer Nacht- und Nebel-Aktion praktisch auf eigene Faust diplomatische Beziehungen mit Taiwan angeknüpft, im Austausch gegen Zusagen für Wirtschaftshilfe. Im Wahlkampf stellte er einen Geldregen von einer Milliarde Dollar in Aussicht. Tatsächlich betrugen aber die ausländischen Direktinvestitionen in Mazedonien letztes Jahr insgesamt nur gerade 25 Millionen Dollar, nach Angaben der Zeitung „Nova Makedonija“. Inzwischen wurde noch die Errichtung einer Freihandelszone unter taiwanesischer Führung am Rande der Hauptstadt vereinbart; man wird sehen, was daraus wird. Der neue Präsident Mazedoniens, Boris Trajkovski, verlangt eine Erklärung der Regierung zu den ausbleibenden Investitionen. Er weigert sich, den Botschafter Taiwans zu empfangen, um dessen Beglaubigungsschreiben entgegenzunehmen. Tupurkovski droht dafür mit dem Auszug aus der Koalition.

Zusammenstellung: hav

MANNHEIM. Die Initiative „Solidarität mit Mumia Abu-Jamal“ will in Zusammenarbeit mit Gemeinderatsmitgliedern die Ehrenbürgerschaft für Mumia Abu-Jamal erreichen. Ein entsprechender Antrag soll am 29. Juni im Gemeinderat eingebracht werden. Damit in der interessierten Öffentlichkeit hierfür der notwendige Druck entsteht, werden zur Unterstützung des Antrags Unterschriften gesammelt (Bild), die dem Gemeinderat übergeben werden sollen. Der Antrag beinhaltet neben der Ehrenbürgerschaft auch den Aufruf des Mannheimer Gemeinderats an den Gouverneur von Pennsylvania und den US-Präsidenten, das Todesurteil gegen Mumia aufzuheben und die Wiederaufnahme des Verfahrens einzuleiten, und den Appell, die Todesstrafe weltweit zu ächten. (KIM 10)



2./3. Juni: Europäisches Tribunal zum NATO-Krieg gegen Jugoslawien

BERLIN. Um die Menschen- und Völkerrechtsverletzungen NATO im Krieg gegen Jugoslawien zu untersuchen, wird in Anlehnung an das Russel-Tribunal zu Vietnam für den 30. Juni 2000 in New York ein Tribunal vorbereitet. Neben zahlreichen Städten in aller Welt fand das 1. Hearing in Berlin am 30.10.99 mit über 650 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus 13 Staaten statt. Am 2./3. Juni wird nun eine abschließende Sitzung zur Anklage stattfinden. Die Tagung beginnt am 2. Juni in Berlin, Kirche zum Heiligen Kreuz, Zossener Str. 65 um 11 Uhr mit der Verlesung der Anklage, es folgen um 12.30 Erklärungen der europäischen Tribunalbewegungen, u.a. Wien, Athen, Rom, Jaroslavl, Kiev, Belgrad, Oslo, London, dann werden Zeugen und Sachverständige gehört und am 3. Juni gegen 17.30 Uhr wird die Tagung mit der Verkündung der Entscheidung abgeschlossen. Anmeldungen beim Europäischen Komitee ... Tel. 030/5578397, Fax: 5576355, email: gbmev@t-online.de. Eintritt: 20 DM.

www.nato-tribunal.de

Veranstaltung zu Burschenschaften und Neokonservatismus in Jena

JENA. Die Antifaschistische Hochschulgruppe führte am 9. Mai in Zusammenarbeit mit dem DGB-Bildungswerk Thüringen, unterstützt durch den Studierendenrat der FSU, den Fachschaftsrat Politik/Soziologie und die Jenaer Stipendiatengruppe der Hans-Boeckler-Stiftung eine Veranstaltung zum Thema „Burschenschaften, Neokonservatismus und Neue Rechte“ durch. Seit einigen Monaten treten Neonazis in Thüringen verstärkt in die Öffentlichkeit. Erinnerung sei an die Aufmärsche in Gera und Erfurt, den Anschlag auf die Erfurter Synagoge. Es ist naiv davon auszugehen, dass Neonazis am rechten Rand der Gesellschaft entstehen und bleiben. Wer sich

fragt, wo Rassismus und Neofaschismus herkommen, muss die gesellschaftliche Mitte und die ‚Braunzone‘ hin zu offenen Rassisten unter die Lupe nehmen. Ende letzten Jahres wurde die Burschenschaft Jenensia als Sammelbecken rechtsextremer Studenten und nicht-studierender Neofaschisten geoutet. Im Februar diesen Jahres gründete sich eine neue Burschenschaft ‚Normannia‘, die als ebenso rechtsextrem gilt. Wie allein die Bezeichnung schon sagt, sind Burschenschaften elitäre Männerbünde. Als Zeichen des Ständesanges gilt das Fechten. Das Verbandsleben ist streng hierarchisch geordnet. Auch die Burschenschaften müssen – kritisch betrachtet – in die Braunzone eingeordnet werden. Rechte Denkbilder sind Bodensatz der Politik burschenschaftlicher Dachverbände.

www.japs-jena.de/antifagh

27. Mai – Aktionstag gegen den geplanten NPD-Kongress in Passau

PASSAU. Die NPD will am 27. Mai im niederbayerischen Passau einen sog. „Tag des Nationalen Widerstands“ in der lokalen Nibelungenhalle veranstalten. Nachdem die Partei bereits am 7.2.98 über 4000 vor allem militante Skinheads mobilisieren konnte, steht auch aufgrund



Passau 7.2.98, große Aktion gegen die NPD

des angekündigten Programms zu befürchten, dass der 2. Tag des Nationalen Widerstands“ zur größten Naziveranstaltung in diesem Jahr wird. Neben verschiedenen politischen Rednern wie Udo Voigt, Horst Mahler und dem ehem. Referenten des Reichspropagandaministeriums Wilfried von Oren sollen kulturelle Acts wie der Nazibarde Frank Rennicke und der ehemalige Gitarrist der faschistischen britischen Band „Skewdriver“ Stigger vor allem das Publikum der sog. „Freien Kameradschaften“ und der unorganisierten Nazis ansprechen.

Gegen die NPD-Veranstaltung findet ein bundesweiter Aktionstag statt, der vom „Passauer Bündnis gegen die NPD“, der „Bundesweiten Aktion Zivilcourage“ (BAZ) und der Antifaschistischen Aktion Passau (AA/BO) getragen und organisiert wird. Am Tag zuvor findet eine Protestveranstaltung der Stadt Passau und des DGB statt. An dieser werden sich auch die antifaschistischen Gruppen beteiligen, da die NPD am 8. Mai ankündigte, an den Gegenveranstaltungen der Stadt Passau und auch an anderen Veranstaltungen teilnehmen zu wollen, um mit den „verhetzten“ PassauerInnen zu diskutieren. Diese Provokation hat zum Ziel, potentielle BesucherInnen der Veranstaltungen einzuschüchtern und den Widerstand gegen die NPD zu behindern.

www.nadir.org/nadir/aktuell

600 Schweriner protestierten gegen Rechts

Während eines Protestmarsches, den das „Aktionsbündnis Schweriner Antifaschisten“ organisiert hatte, forderten die Teilnehmer die Schließung eines Treffpunktes von Rechtsextremisten mitten in der Stadt. Sie forderten die Bürger auf, gegen Rechts auf die Straße zu gehen und rechtes Gedankengut abzulehnen. Nach Imitationen, die durch Meldungen über einen „Chaostag der Linken“ in der Stadt verbreitet wurden, stiegen einige Veranstalter der Demo vorher aus. Der Landesverband der PDS beschloss jedoch,

die Kundgebung und Demo stattfinden zu lassen. Beide verliefen ohne Zwischenfälle. An der Demo nahmen Gruppen aus Hamburg, Bremen, Lüneburg und anderen Städten teil. *abe*

PDS-Landesparteitag Berlin: Antifaschisten in die Schulen

Der Parteitag sprach sich am Wochenende für offensive Auseinandersetzungen, Bündnisse und kommunale Strategien gegen Rechtsextremismus aus. Seine Idee: Antifaschisten und Naziopfer sollen in die Schulen gehen und vor Schülern sprechen. Junge PDS-Mitglieder des Köpenicker Bündnisses „Bunt statt Braun“ plädierten für Einmischung, andere sprachen sich gegen die Tilgung des antifaschistischen Erbes aus den Straßen Berlins aus. *abe*

Lesen gegen das Vergessen

In Berlin-Mitte wurde mit einer Lesung, die vom MdB Heiner Fink und Udo Wolf, Landesvorsitzender der PDS, und Walter Kaufmann, Schriftsteller, durchgeführt wurde, an die faschistische Bücherverbrennung vor 70 Jahren erinnert. Auf dem Bebelplatz hatten sich neben älteren Menschen auch Schüler aus Bayern und anderen Gegenden eingefunden. Fink erklärte, dass er an die Barbarei des deutschen Faschismus erinnern wolle, weil heute im Alltag Faschismus und Neofaschismus schon wieder verharmlost werden. Seit 1990 wird dieser Gedenktag durchgeführt, den Heiner Fink als Rektor der Humboldt-Universität Berlin maßgeblich mit ins Leben gerufen hatte. *abe*

Humboldt-Universität Berlin: Ausstellung zur Enteignung jüdischen Eigentums zurückgewiesen

Wolfgang Dreßen, Leiter der Arbeitsgruppe Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf, stellte nach langen, mühseligen Arbeiten eine Ausstellung „Aktion 3 – Deutsche verwerten ihre jüdischen Nachbarn“ zusammen. Die Ausstellung belegt, wie sich Deutsche den Besitz deportierter jüdischer Mitbürger aneigneten. Die Exponate sind ausschließlich Originaldokumente, da deutsche Beamte akribisch sämtliche „Transaktionen“ aufgelistet hatten.

Schon bei einer ersten organisierten Ausstellung liefen Nachkommen der aneignungsfreudigen Volksgenossen Sturm, sie forderten ein Verbot der Ausstellung. Jedoch wurde sie aber in Köln, Braunschweig und Düsseldorf gezeigt. Der Protest war vergeblich.

Nun lehnte das Präsidialamt der HUB das Zeigen der Ausstellung in der Universität ab. Begründung: Die Ausstellung verfolge „keinen genuin wissenschaftlichen Zweck, sondern eine einseitige und so nicht akzeptable Aufklärungsabsicht“, wie es in einem Gutachten heißt.

ASStA und andere Kräfte protestierten gegen diese Entscheidung und verweisen auf die Tatsache, dass in der HUB die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ im Foyer der Universität ebenfalls gezeigt worden ist. *abe*

Landtagsgrüne klagen gegen die Schleierfahndung in Bayern

MÜNCHEN. Die Schleierfahndung erlaubt der Polizei in Bayern, jede Person, unabhängig von Verdachtsmomenten, zu identifizieren und zu durchsuchen. Elisabeth Köhler, MdL aus Schwabmünchen für Bündnis 90/Die Grünen, sieht darin einen „Vorwand für polizeistaatliche Methoden“ und einen Bruch von rechtsstaatlichen Prinzipien. Denn bis zur Einführung der Schleierfahndung habe die Polizei nur tätig werden dürfen, wenn konkrete Verdachtsmomente vorgelegen hätten. Bedenklich, so Köhler, sei auch, dass die Polizei zum Beispiel in Zügen vorwiegend Ausländer, Farbige und Angehörige von Minderheiten kontrolliere, gegen die staatlicherseits damit quasi ein Generalverdacht erhoben werde. Die Grünen wollen deshalb die Schleierfahndung im Grenzbereich durch eine Klage vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof überprüfen lassen. Sie verweisen dabei auf eine Entscheidung des Verfassungsgerichts von Mecklenburg-Vorpommern, das „wesentliche Aspekte der Schleierfahndung“ als verfassungswidrig zurückgewiesen habe. Innenminister Beckstein warnt lautstark vor einer solchen Entscheidung, es dürfe kein „gravierendes Sicherheitsdefizit“ geschaffen werden und man müsse verhindern, die Polizei „rechtlich im Regen stehen zu lassen“. *baf*

Widerstand gegen Schließung des Uetersener Krankenhauses

Eine Welle der Solidarität erreicht die Belegschaft des Uetersener Krankenhauses. In der Kleinstadt und den Marschgemeinden sind bereits mehr als 8000 Un-

terschriften für den Erhalt ihres Krankenhauses gesammelt worden. Ein im Auftrag der schleswig-holsteinischen Landesregierung erstelltes Gutachten war zu dem Schluss gekommen, dass elf Krankenhausstandorte geschlossen werden sollten, darunter Uetersen. Auch die Parteien SPD, Grüne und CDU, der Landrat und die ÖTV finden kein Verständnis für die Pläne des Gutachters. Eine ortsnahe Krankenhausversorgung, so die ÖTV, sei in einem Flächenkreis wie dem Kreis Pinneberg Voraussetzung für eine patientengerechte Krankenversorgung. Tatsächlich sprechen die Zahlen für sich: Die Zahl der stationären PatientInnen in den Kliniken des Kreises Pinneberg hat in den letzten 15 Jahren um 15% zugenommen. Alle Kliniken sind voll belegt, jahreszeitenbedingt müssen immer wieder Betten eingeschoben werden oder stehen auf den Fluren. Dabei ist der Kreis nur 70%-Versorger, weil auch viele PatientInnen in die Hamburger Krankenhäuser abwandern. Der Kreis hat pro 1000 Einwohner nur 3,9 Betten. Der landesweite Durchschnitt beträgt 5,9, der Bundesdurchschnitt sogar 7,0 Betten pro 1000 Einwohner. Auch das Krankenhaus Uetersen konnte seinen Versorgungsgrad in den letzten 10 Jahren um 30% steigern. Erst 1999 wurden wegen der guten Belegung die Betten um 7 auf 120 angehoben. Wichtig ist jetzt, so die ÖTV, dass die Krankenhäuser nicht untereinander in Konkurrenz gehen, sondern gemeinsam gegen dieses Gutachten vorgehen.

(Nach EG 5)

Wohnungsleerstand nimmt im Osten zu

Wie der Verband der Wohnungsunternehmen Berlin-Brandenburg mitteilte, stehen im Ostteil der Stadt Berlin rund 34.000 Wohnungen leer. Die Gründe sind sehr unterschiedlich: Instandsetzung, Probleme mit der Vermietung und Unbewohnbarkeit. Eine Wohnungsnot in Berlin kann der Verband nicht prognostizieren. Allerdings verweist er auf das An-

wachsen der Mietschulden in Höhe von 290 Millionen DM. Besorgniserregend sei der Verkauf von Wohnungsbaugesellschaften, was dazu führe, dass sich immer weniger Wohnungen im Landeseigentum befinden. Die Forderung nach Fortführung eines Programms zum sozialen Wohnungsbau ist hoch aktuell, da sonst schwerwiegende Folgen absehbar sind. Vorschläge der PDS, aus dem Programm für fortgesetzten Wohnungsneubau Mittel für die Leerstandsbekämpfung zu verwenden, werden bis-



Demonstration gegen die Abschiebepolitik

KÖLN/BONN. Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrantinnen lädt zum Vorbereitungstreffen für eine zentrale Demonstration in Bonn ein. Sie soll das Motto haben „Gegen die Kollaboration der Botschaften mit deutschen Abschiebebehörden – Gegen die neokolonialistische Politik der deutschen Regierung gegenüber den Herkunftsländern von Flüchtlingen!“, als Termin wird der 31. Juli/1. August vorgeschlagen. Termin für das Treffen ist am 21. Mai ab 13 Uhr in Köln, Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3. Zur Vorbereitung der Demonstration dokumentieren wir aus einem Bericht der AG Widerstand gegen Beschaffung von Passersatzpapieren und Zwangsvorfürungen vor Botschaften auf dem Karawane-Kongress am 28. und 29. April in Jena.

Im Plenum wurden Einführungsbeiträge zu den Sammelvorladungen vor Botschaften, die in Flüchtlingsheimen bzw. in der Ausländerbehörde residierten, und zum Widerstand dagegen in München und Hamburg gehalten. Darüber liegen schriftliche Berichte und Materialien vor.

In der AG ging es um den Erfahrungsaustausch mit Flüchtlingen aus anderen Bundesländern und Möglichkeiten der Zusammenarbeit sowie um den Vorschlag einer zentralen Demonstration vor Botschaften in Bonn gegen deren Kollaboration mit deutschen Behörden bei der Abschiebepolitik. Außerdem sollte überlegt werden, wie der Kampf gegen Reisepapierbeschaffung mit dem Kampf um ein längerfristiges Bleiberecht, für das Recht auf Arbeit und Ausbildung, gegen die Residenzpflicht etc. zu verbinden ist.

Aus allen Bundesländern gibt es Berichte über dubiose Methoden zur Beschaffung von Passersatzpapieren, aber auch von Widerstand dagegen. Nach Bremen kam z.B. vor ein paar Jahren die gambische Botschaft, aufgrund von Presseartikeln und Protesten geschah dies jedoch nicht wieder. Anträge auf Passersatzpapiere für Togo werden ohne Vorstellung bei der Botschaft ausgestellt und an die Ausländerbehörde geschickt. Außerdem sitzt in Bremen die Firma Pandi Service, die für Geld Passersatzpapiere beschafft. In Niedersachsen begann im Februar 1998 das „Projekt X“: Flüchtlinge mit „ungeklärter Staatsangehörigkeit“ werden in speziellen Lagern in Braunschweig und Oldenburg kaserniert und dort massiv unter Druck gesetzt, ihre Identität preiszugeben und Reisepapiere zu unterschreiben. Einzelne Flüchtlinge (aus Kongo) wurden zur Botschaftsanhörung in die Zentrale Ausländerbehörde Dortmund gebracht, wo im letzten Jahr auch Guineer zwangsvorgeführt wurden. Aus kleinen Orten, z.B. in Mecklenburg-Vorpommern, wurde erzählt, dass Flüchtlinge frühmorgens von Polizei abgeholt werden, angeblich um sie

zur Botschaft zu bringen – einige von ihnen wurden anschließend sofort abgeschoben. Der Botschaft liegen die Asylakten dieser Flüchtlinge vor. Erfahrungen aus einem Abschiebeknast belegen, dass Behörden auch Unterschriften auf Reisepapieren fälschen und Fotos austauschen, um Leute abschieben zu können.

Die juristische Lage ist sehr schwierig: Abgelehnte AsylbewerberInnen haben eine „Mitwirkungspflicht“, d.h. sie müssen auch zur Botschaft fahren, wenn sie dazu aufgefordert werden. Eindeutig rechtswidrig sind jedoch Verfahrensweisen, wie sie z.B. bei den Vorladungen in die Hamburger Ausländerbehörde praktiziert wurden (und werden). Flüchtlinge beriefen sich bei ihrem Boykott der Anhörungen auf diese Rechtsverstöße (z.B.: kein Recht auf Begleitung, keine Vorstellung der teilnehmenden Personen, oft kein Protokoll, massiver Druck auf die Botschaften z.B. durch die Drohung von Entwicklungshilfestreichungen und „Kaufen“ von Papieren durch großzügige Bezahlung und Bewirtung der „Gäste“). Außer einem Verwarnungsgeld wegen verspäteter Duldungsverlängerung gab es keine Sanktionen gegen Flüchtlinge, die die Anhörung boykottierten. Allerdings müssen sie jetzt alle zur Botschaft nach Bonn.

Deshalb und wegen der Notwendigkeit einer zentralen Aktion kam aus Hamburg der Vorschlag, an einem oder zwei Tagen Demonstrationen vor verschiedenen Botschaften in Bonn zu machen, verbunden mit einer internationalen Medienkampagne, auch und gerade in den Herkunftsländern der Flüchtlinge, um Druck von verschiedenen Seiten auf die Botschaften auszuüben, die Kollaboration mit deutschen Abschiebebehörden zu beenden. Angegriffen werden müssen aber auch die deutsche Regierung und Behörden, die Druck auf Botschaften und Herkunftsländer ausüben. Die deutsche und europäische Politik gegenüber z.B. afrikanischen Ländern muss genauer analysiert und als neokolonialistisch kritisiert werden. Am Beispiel der Botschaftsvorfürungen kann und muss der Zusam-

menhang zwischen Außen- und Innenpolitik klargemacht werden: „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört und diktatorische Regimes an der Macht haltet – und ihr kollaboriert mit diesen Regimes, um uns abschieben zu können!“ Wichtig ist, Exilorganisationen, die schon Erfahrungen mit Demos vor Botschaften haben, bisher aber überwiegend zur Lage in ihren Herkunftsländern arbeiten, über eine solche Aktion für den Kampf gegen Abschiebungen und Mitarbeit bei der „Karawane“ zu gewinnen. Auch Menschen-



Hamburg. Zum 2. Mal innerhalb weniger Wochen protestierten am 3. bis 5. Mai afrikanische Flüchtlinge gegen Zwangsvorfürungen. Weniger Tage zuvor hatten knapp 1000 Flüchtlinge aus Afghanistan gegen die Abschiebepolitik demonstriert; am 16. Mai schließlich forderten rund 800 Roma mit einer Demonstration Bleiberecht in der BRD.

rechtsorganisationen und 3.Welt-Solidaritätsgruppen sollten angesprochen werden. Die Aktion könnte auch eine Unterstützung für kämpfende Leute in den Herkunftsländern bedeuten, wenn wir sie international bekanntmachen. Es ist sinnvoll, die Aktion inhaltlich in den Zusammenhang des Widerstands gegen die EX-PO zu stellen und die Anwesenheit internationaler Medien zu der Zeit zu nutzen.

Auf der praktischen Ebene ist es nötig, den Transport zur Aktion zu organisieren und zu finanzieren und zu bedenken, dass die Teilnahme von Flüchtlingen daran einen Verstoß gegen die Residenzpflicht bedeutet und deshalb in den Zusammenhang der Kampagne dagegen gestellt werden muss. Flugblätter für die Flüchtlinge und an die deutsche Öffentlichkeit müssen geschrieben und verteilt, evtl. auch Plakate, und die Medien informiert werden.

Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrantinnen

<http://www.humanrights.de/>

Spendenkonto: Postbank Hamburg, Kontonr. 99 29 207, Bankleitzahl 200 100 20, Spenden sind dringend nötig und steuerlich absetzbar.

27.5.: Demonstration auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen

Das „Aktionsbündnis gegen Abschiebungen“ schreibt in seinem Aufruf:

Wut und Trauer angesichts des Suizids der algerischen Asylbewerberin Naimah H.: Sieben Monate eingesperrt im Transitbereich des Frankfurter Flughafens, hielt sie den Druck der drohenden Abschiebung in den Folterstaat Algerien und der Gefangenschaft im deutschen Internierungslager nicht mehr aus. Wir fordern die sofortige Abschaffung des tödlichen „Flughafenverfahrens“ und des Internierungslagers „C 182“.

... Mehr als 10000 Menschen werden alljährlich über den Rhein-Main-Flughafen abgeschoben. Offiziellen Angaben zufolge setzen sich etwa 10 % der Flüchtlinge aktiv zur Wehr. Kaum jemals wird dieser Widerstand öffentlich bekannt. Vieles wird geheim gehalten, vertuscht und bagatellisiert. Etwa die Hälfte aller Abschiebungen werden unter der Beteiligung der Lufthansa AG durchgeführt ...

Schon im letzten Jahr sah sich LUFTHANSA mehrfach Protesten von Menschenrechts-, Migranten- und Flüchtlingsorganisationen ausgesetzt. Immer wieder ist auch zu lesen, dass Piloten sich

weigern, Menschen gegen ihren Willen mitzunehmen. Das antirassistische Netzwerk „kein Mensch ist illegal“ startete im März 2000 eine Kampagne gegen die Beteiligung der Lufthansa AG am Abschiebe-geschäft. Mit Zeitungen, Plakaten und Aktionen an Flughäfen, Reisebüros sowie auch am Ausbildungszentrum in Seeheim-Jugenheim wurde die LUFTHANSA – „Deportation Class“ thematisiert und öffentlich angegriffen. Infolgedessen sah sich die LUFTHANSA genötigt, mit folgender „Klarstellung“ an die Öffentlichkeit zu treten. Sie behauptete: „Lufthansa lehnt Abschiebungen gegen den Widerstand der Betroffenen grundsätzlich ab und befördert sie seit Juni 1999 nicht mehr ...“

Tatsächlich beteiligt sich die LUFTHANSA weiter an der gewaltsamen Abschiebung von Flüchtlingen. Während ihre öffentlichen Statements bis jetzt nur der pressewirksamen Kampagne den Wind aus den Segeln nehmen sollen, hat diese in anderen europäischen Ländern zum Teil erreichen können, dass Fluggesellschaften „keine Zwangspassagiere mehr mitnehmen“ (z. B. SABENA, Belgien)

Die Aktion am 27. Mai am Flughafen beginnt um 12 Uhr auf dem Lufthansa-Terminal (Terminal 1, Bereich A). Außerdem wird es eine Veranstaltung und eine Ausstellung zur Kampagne gegen die Lufthansa geben. *ola, frankfurter info Aktionsbündnis gegen Abschiebungen c/o Dritte Welt Haus Frankfurt, Falkstr. 74, <http://www.deportation-alliance.com>*

Kritische Aktionärinnen und Aktionäre

Kritik an Abschiebepolitik der Lufthansa

Zur Hauptversammlung der Deutschen Lufthansa AG am 15. Juni in Berlin beantragt der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, dem Vorstand und dem Aufsichtsrat die Entlastung zu verweigern: „Etwa die Hälfte der 1999 aus Deutschland abgeschobenen 32.000 Flüchtlinge wurden in Lufthansa-Maschinen ausgeflogen – viele unter Anwendung physischer Gewalt. Am 28. Mai 1999 erstickten Bundesgrenzschutz-Beamte den sudanesischen Flüchtling Aamir Ageeb an Bord eines Lufthansa-Jets. In der Öffentlichkeit wird dieses Praxis häufig als ‚deportation class‘ bezeichnet ... Damit sind Abschiebungen für die Lufthansa zum geschäftsschädigenden Imageproblem geworden. Dennoch hält der Vorstand am Geschäft mit Abschiebungen fest. In der



Flüchtlingsrat Berlin kritisiert

Hungerstreik wird Gefängnisalltag

Hungerstreiks, die es in den vergangenen Jahren vereinzelt und relativ selten in den Berliner Abschiebegefängnissen gab, sind jetzt eine ständige Begleiterscheinung des Gefängnisalltags.

Während der wochenlangen Essensverweigerung mehrerer Ukrainerinnen in der Abschiebehaftanstalt Kruppstraße (Berlin-Moabit) war die Isolierstation in der Abschiebehaftanstalt Grünauer Straße (Berlin-Köpenick) für Hungerstreikende, die im zweiten Stock des Hauses 2 in diesem Männergefängnis eingerichtet ist, ständig überfüllt. Gegenwärtig sind dort 14 Häftlinge aus Russland, zwei Palästinenser, ein Algerier und ein Afrikaner untergebracht. Sie erklären, dass sie entschlossen sind, den



Berlin. Kundgebung zur Unterstützung der Ukrainerinnen, die sich bis zu 61 Tage im Hungerstreik befanden. Vier der fünf Hungerstreikenden wurden schließlich entlassen.

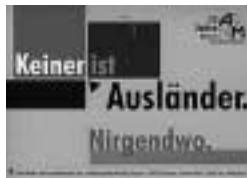
Hungerstreik, wenn es sein muss, bis zum Tod weiterzuführen. Sie fordern ihre sofortige Freilassung und sehen ihre manchmal monatelange Inhaftierung nur wegen fehlender Aufenthaltsgenehmigung als schreiendes Unrecht an. Ein Afrikaner und ein Russe sind seit mehr als 11 Monaten hinter Gittern. Mehrere auf der Isolierstation nehmen seit zwei oder drei Wochen, ein Palästinenser aus dem Libanon seit dem 11. März keine feste Nahrung zu sich. Fast alle Protestierenden haben zwischen zehn und zwanzig Kilo abgenommen. Der Polizeiärztliche Dienst beschränkt sich darauf, täglich ihr Gewicht festzustellen. Ein hungerstreikender Russe versuchte am 5. Mai einen Suizid, indem er sich die Pulsadern aufschnitt.

In einem sehr kritischen Zustand befindet sich ein Algerier, seit 25 Tagen im Hungerstreik. Vor seiner Flucht aus seinem Land war er durch einen Granatsplitter am Bein verletzt worden. Der Splitter befand sich immer noch in seinem Bein, das angeschwollen war und blau anlief. Vom Polizeiärztlichen Dienst wurde ihm erklärt, die Gewahrsamsbehörde (= der Polizeipräsident des Lan-

Flughafenausbau: FRANKFURT/

MAIN. Nachdem die sogenannte Mediation über die Flughafenerweiterung zwischen Lufthansa und Flughafen AG auf der einen und betroffenen Bürgern und Kommunen auf der anderen Seite gescheitert ist, da die Betreiber das Ergebnis nicht mehr tragen, haben Vertreter der beteiligten Gemeinden (Offenbach, Mörfelden-Walldorf, Kelsterbach, Raunheim, Flörsheim, Neu-Isenburg und Rüsselsheim vereinbart, sich gemeinsam gegen den Ausbau des Flughafens zu engagieren. Es haben bereits mehrere Sitzungen stattgefunden, in denen das weitere Vorgehen abgestimmt wurde, insbesondere auch für die Vorbereitung juristischer Schritte. Dabei spielt es für die kommunalen Vertreter keine Rolle, ob der Ausbau im Norden oder im Süden des Flughafens geplant wird. Die Bürgerinitiativen beklagen vor allem, dass sich die Betreiber einem geforderten Nachtflugverbot widersetzen, so dass weiterhin jede Nacht 132 Maschinen den Schlaf der Bevölkerung stören.

CSU-Hetze: MÜNCHEN. Die Anti-Ausländer-Kampagne, mit der die CSU die Mehrheit in München gewinnen will, wird immer heftiger. Einen Antrag des Ausländerbeirates, der den Oberbürgermeister auffordert, „... sich bei der Bayerischen Staatsregierung und bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die für selektive, rassistische, schikanöse und diskriminierende Kontrollen ohne konkreten Verdacht missbrauchte Schleierfah-



Aufkleber des Beirats

ndung abgeschafft wird“, nahm CSU-Stadtrat Wolfswinkler zum Anlass, die Abschaffung des Ausländerbeirats zu fordern: „Wer die rechtsstaatlich kontrollierte Polizei als willkürlich die Bürger schikanierende Kadertruppe sieht, hat den Boden der rechtsstaatlichen Ordnung längst verlassen ... Ein solcher Ausländerbeirat schadet nicht nur seiner Akzeptanz in der Bevölkerung, sondern auch seiner eigenen Klientel. Er wird als Institution der Landeshauptstadt immer unerträglicher, zumal sein Vorsitzender von unserer verfassungsmäßigen Ordnung erkennbar nichts hält. Heute noch mehr als gestern: Der Ausländerbeirat gehört abgeschafft.“

CDU-Antrag: LEIPZIG. Die PDS-Stadtratsfraktion hat „mit außerordentlichem Befremden“ auf einen Antrag der Leipziger CDU-Fraktion auf Prüfung, ob die Stelle einer/eines Beauftragten für gleichgeschlechtliche Lebensweisen weiterhin durch die Stadt finanziert werden soll, reagiert. Dass die

CDU die Stelle der Beauftragten für gleichgeschlechtliche Lebensweise bei der Stadt Leipzig mit dem o. g. Antrag demontieren und abschaffen wolle, sei gegenwärtig ein absolut falsches politisches Signal. „War es doch gerade auch das Bekenntnis zu den Beauftragten für benachteiligte gesellschaftliche Gruppen, zu denen gleichgeschlechtlich lebende Bürgerinnen und Bürger, Ausländerinnen und Ausländer, Frauen, Behinderte auch heute nach wie vor gehören, das Leipzig neues, verändertes Demokratieverständnis nach der Wende zum Ausdruck brachte. Mittels des politischen Gewichts dieser Beauftragten, über Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit wurde Toleranz, ja sogar Verständnis für die ca. 30.000 gleichgeschlechtlich liebenden und lebenden LeipzigerInnen ganz allmählich und behutsam befördert. Keineswegs ist damit allerdings die seit Jahrhunderten wirkende gesellschaftliche Stigmatisierung von Lesben und Schwulen beseitigt.“

Ausländerintegration: BERLIN.

„Nach der Berliner Rede von Bundespräsident Rau kann sich niemand mehr um die Frage einer systematischen Integrationspolitik für Ausländer drücken“, sagte Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. „Die Zuwanderungspolitik muss endlich mit einer abgestimmten Integrationspolitik von Bund, Ländern und Gemeinden verbunden werden. Wenn ein Einwanderungsgesetz kommt, muss es zugleich ein Integrationsförderungs-konzept geben. Mit den bisherigen Mitteln, z. B. für die Sprachförderung, ist die Aufgabe nicht zu schaffen.“ Der Deutsche Städte- und Gemeindebund verweist als Vorbild auf die Niederlande. Dort bieten die Gemeinden den Neuankömmlingen ein Eingliederungsprogramm an. Die Neuankömmlinge sind verpflichtet, sich für dieses Programm anzumelden. Die Aufgabenverteilung zwischen den Gemeinden und dem Staat wurde eindeutig geregelt. Die Durchführung liegt in erster Linie in den Händen der Gemeinden. Der Staat hingegen trägt die Verantwortung für den inhaltlichen und finanziellen Rahmen der neuen Eingliederungspolitik. Dr. Landsberg nannte Zahlen, die die Notwendigkeiten von Integrationsmaßnahmen im Bereich schulischer und beruflicher Bildung beispielhaft belegen: Die Arbeitslosigkeit unter Ausländern betrug im Jahre 1998 20 %, während diese Quote 1980 noch bei 5 % lag. Die Zahl der Ausländer stieg im gleichen Zeitraum von 4,5 auf 7,3 Mio. 78,5 % aller arbeitslosen Ausländer haben keine abgeschlossene Berufsausbildung, während dies bei nur 38,2 % aller arbeitslosen Deutschen der Fall ist.

Zusammenstellung: ulj

des Berlin) verfüge nicht über die finanziellen Mittel, um ihn durch einen Eingriff von dem Splitter zu befreien. Der anwaltlich nicht vertretene Algerier versuchte darauf am 5. Mai in seiner Verzweiflung, den Splitter selbst herauszuoperieren. Schwer verletzt musste er in ein Krankenhaus eingeliefert werden.

Es gibt noch weitere Verzweiflungsakte im Abschiebegefängnis in der Grünauer Straße. Mitte April steckte ein Häftling im Haus 2 die Decke in seiner Zelle in Brand. Er wollte damit auf die Willkür seiner Inhaftierung aufmerksam machen. Das Feuer konnte von den anderen Zelleninsassen und den herbeigerufenen Beamten gelöscht werden. Allen Bewohnern dieser Zelle wurde drei Tage lang der tägliche Hofgang verweigert.

9. Mai, Flüchtlingsrat Berlin, Fax, 030-6361198, mail: fluechtlingsrat@snafu.de

In Berlin ist die Zahl der regelmäßig belegten Haftplätze für wegen fehlender bzw. abgelaufener Aufenthaltsgenehmigung bzw. Pässe festgehaltene Nichtdeutsche von ca. 50 (Mitte der 80er Jahre) über ca. 150 (Anfang der 90er Jahre) auf 700 (Frühjahr 2000) gestiegen.

Die Mehrzahl der inhaftierten Ausländer ist nicht anwaltlich vertreten. Die Betroffenen sind der Willkür von Polizei und Ausländerbehörde bei der Festsetzung ihrer Haft zumeist hilflos ausgeliefert, ebenso ggf. unmenschlicher Behandlung in der Haft und unterlassener Hilfeleistung durch den polizeiärztlichen Dienst. In der Haftanstalt wird für die über 400 Inhaftierten zwar einmal wöchentlich einen halben Tag eine Beratungssprechstunde vom Republikanischen Anwaltsverein angeboten. Die anwaltliche Vertretung in den erforderlichen, juristisch zumeist hochkomplizierten Verfahren bei Behörden und Gerichten kann diese Beratung naturgemäß in keiner Weise ersetzen. Die für die Haftprüfung zuständigen Amtsgerichte haben ohnehin nur sehr eingeschränkte Kompetenzen, sie sind weitgehend an die Feststellungen der Ausländerbehörden gebunden. Ggf. muss der Betroffene daher weitere Verfahren beim Verwaltungsgericht einleiten und entsprechende schriftliche Anträge bei Ausländer- und Asylbehörden stellen. Noch weitere schriftliche Anträge bei Behörden sowie Gerichtsverfahren wären etwa im Falle verweigerter medizinischer Versorgung erforderlich. Da trotz Mittellosigkeit Prozesskostenhilfe von den Gerichten in der Praxis regelmäßig verweigert wird, ist eine anwaltliche Vertretung nur möglich, wenn die Betroffenen Geld für Vorschusszahlungen an einen Anwalt zur Verfügung haben.

Es wird Zeit, dass sich die Bundesregierung entsprechend der Koalitionsvereinbarung endlich mit dem Skandal Abschiebehaft befasst, anstatt die Inhaftierung immer größerer Gruppen von Ausländern zum zentralen Bestandteil ihrer Ausländerpolitik zu machen. G.C.

www.tacheles.wtal.de

„Freie Bauern auf freier Scholle“, so lauteten die Losungen, als im Herbst 1945 Bauern, Umsiedler aus Ostpreußen und Schlesien und ehemalige Landarbeiter Land in Besitz nahmen, was ihnen durch das Gesetz zur Bodenreform übereignet wurde. 11.390 Güter wurden enteignet, die mehr als 100 Hektar umfassten. Es entstanden 210.276 Neubauernwirtschaften, die durchschnittlich 8 Hektar Land erhielten. Das waren über zwei Millionen Menschen, die nach den unsäglichen Erfahrungen des Krieges Land erhielten, oder Opfer des vom deutschen Faschismus entfesselten Weltkrieges, die ihre Heimat verlassen mussten und von dieser Bodenreform bedacht wurden.

Es blieb den ehemaligen Großgrundbesitzern nichts anderes übrig, als sich mit der entstandenen Lage abzufinden, zumal sowohl das Potsdamer Abkommen als auch das Grundgesetz der Bundesrepublik (Artikel 14,15) Enteignungen zum Wohle der Allgemeinheit decken. Seit 1989/90 aber, als sich die Chance zur Revision ergab, ziehen sie mit unvergleichlicher Vehemenz und hohem finanziellen Aufwand gegen die Bodenreform und ihre Ergebnisse zu Felde. Schon 1991 wurde vom Bundesverfassungsgericht eine erste Beschwerde und das Prinzip Rückgabe vor Entschädigung abgelehnt. Welche Folgen die Durchsetzung dieses Prinzips, das in anderen Fragen in Ostdeutschland wirksam wurde, gehabt hätte, ist nicht vorstellbar. Die christlich-liberale Regierung veranschlagte zunächst eine Entschädigung zum 1,3-fachen Vorkriegseinheitswert. Das rief heftige Proteste der Alteigentümerlobby hervor, so dass im Entschädigungs- und Ausgleichsgesetz (EALG) von 1994 als Maßstab der dreifache Vorkriegseinheitswert festgelegt wurde. Das war für die Erben der in der Bodenreform Enteigneten kein schlechtes Ergebnis. Anders als für die Erben der 1945 mit Bodenreformland bedachten Menschen: Deren Erben mussten als Pächter oder Eigentümer dieser Flächen das eigene Ersparnis angreifen, wenn sie Entschädigung zahlen mussten.

Das genügte den Erben der Enteigneten nicht. Sie zogen mit einer Klage gegen das EALG vors Bundesverfassungsgericht und begehrten eine Entschädigung zum aktuellen Verkehrswert, was ihnen zu der vorgesehenen Summe von 12,6 Mrd. DM nach vorsichtigen Schätzungen noch über 20 Mrd. bringen könnte. Die Betreiber der Klage stützten sich auf Urteile russischer Gerichte, die Enteignete, denen Unrecht durch die sowjetische Besatzungsmacht geschehen ist (willkürliche Verhaftungen, Deportationen), rehabilitierten und das geschehene Unrecht durch Aufhebungsurteile wieder gutmachten. Aber Rehabilitation

Die Bodenreform und die deutschen Erben

Eine quälende Geschichte der deutschen Gegenwart

und Entschädigung für Eigentumsverlust sind zwei verschiedene Dinge, worauf der letzte DDR-Ministerpräsident de Maizière schon 1996 hinwies: Im ersten Falle geht es um Entschädigung für politisch Verfolgte, was angesichts der vielen Zwangsarbeiter, die auf Rittergütern in Deutschland geschunden wurden, unrealistisch und absolut nicht hinnehmbar wäre. Eine Entschädigung zum aktuellen Verkehrswert ist eine maßlose Forderung und offenbart die wahre Absicht, über unangemessene Forderungen die Bodenreform doch noch rückgängig zu machen.

Auch der Bundestag hat sich nun in der vergangenen Woche mit der Bodenreform beschäftigt. Es geht um die Paragraphen 11 bis 16, Artikel 233 Einführungsgesetz zum BGB, die erst 1992 eingefügt wurden. Nach diesen Paragraphen wird den Erben der bis zu acht Hektar großen Bodenreformparzellen das Land wieder entzogen, wenn der Eigentümer, der im

Grundbuch eingetragen ist, vor dem 15. März 1990 verstorben ist und die Nachfahren nicht in der Landwirtschaft oder ähnlichen Bereichen arbeiten. Viele der betroffenen Erben haben ihren Boden an die Länder zurückgeben oder, wenn bereits veräußert, den Verkaufserlös zurückzahlen müssen. Am 6. März 1990 hatte die Volkskammer der DDR mit Verfügungsbeschränkungen aus DDR-Zeiten Schluss gemacht und verordnet, dass der Erbe auch Volleigentümer sein sollte. Der erwähnte Artikel 233 des EGBG hebelte dieses Gesetz jedoch aus. Die PDS hatte verschiedentlich im Bundestag versucht, geordnete Regelungen für die Erben der Bodenreform zu schaffen, die allerdings immer wieder abgelehnt wurden. Der Inhalt des PDS-Antrages ging davon aus, nicht den Artikel 233 EGBG zur Grundlage zu nehmen, sondern den Grundbucheintrag vom 15. März 1990, was den Erben volle Verfügbarkeit garantiert hätte. Sollte der Bundestag im Sinne des Artikels 233 entscheiden, wird das Grundgesetz missachtet und Gesetzgebung und Gesetzlichkeit klaffen wieder einmal weit auseinander.

Nicht anders wäre es, wenn die Entschädigungsforderung der Enteigneten von 1945 durchkäme. Denn welche Leistung haben die 1945 enteigneten Großgrundbesitzer für die Steigerung des Bodenwertes erbracht? Da das Land bearbeitet wurde und Ertrag erbrachte, waren es die Neubauern des Jahres 1945 und ihre Nachkommen, die dafür sorgten, dass der Verkehrswert stieg. Niemand kann doch aber Menschen benachteiligen, die durch ihrer Hände Arbeit und mit viel

Fleiß Boden gepflegt und Wert erhalten haben. Die Auseinandersetzung um die Bodenreform sind noch nicht beendet. Enteignetenverbände und deren Rechtsanwälte nutzen alle Möglichkeiten, um weitere Einbrüche in das geltende Recht zu erzielen. Mit den Forderungen, die seitens der Alteigentümer auf dem Tisch liegen, würden völlig neue Maßstäbe für die Allgemeinheit geschaffen. Dieses Begehren würde neben den Schäden, die ohnehin bei den Betroffenen schon angerichtet wurden, neue hinzufügen und neuem Unrecht Tür und Tor öffnen. Die Forderungen der Alteigentümer sind unbegründet und widersprechen Grundprinzipien des internationalen und nationalen Rechtes. Erschreckend ist der Spagat, der in allen Fällen praktiziert wird, um Rechtsverordnungen so zu drehen, wie sie gerade gebraucht werden. In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern bildeten sich Vereine zur Rettung der Bodenreform, deren Mitglieder ihr Recht vor dem Bundesverfassungsgericht erstreiten wollen. Die Verteidigung der Bodenreform ist eine aktuelle Aufgabe.

abe



Plakat von 1945

Widerstand von Gewerkschaften und Kirchen

Seit dem Euro-Einführungsgesetz vom Mai 1998 gilt der neue § 10 (4) Arbeitszeitgesetz, wonach an allen in Europa einheitlichen Feiertagen die Beschäftigung von Arbeitnehmern in den Bereichen Groß- und Eilbetragszahlungsverkehr, Geld-, Devisen- und Wertpapierhandel zugelassen wurde. Einzig die PDS stimmte damals gegen die Gesetzesänderung.

Begründet war sie mit einem vorgeblichen Konkurrenznachteil deutscher Banken im Eurogeldhandel nach Einführung des Euro zum 1.1.1999. Die Tatsache, dass in allen europäischen Ländern damals zwischen acht (Großbritannien) und dreizehn (Griechenland) Feiertage begangen wurden und die BRD mit neun Feiertagen eher am unteren Ende der Skala lag, zeigt, dass die Zielsetzung nicht in der Abwendung eines Konkurrenznachteils, sondern der Schaffung von Vorteilen für deutsche Finanzkonzerne einschließlich der Finanzabteilungen aus Handel und Industrie gegenüber ihren europäischen Konkurrenten lag.

Dieses Gesetz bedeutet den Einstieg in die gesetzliche Abschaffung fast sämtlicher Feiertage, da nur der erste Weihnachtsfeiertag sowie das Neujahrsfest in allen Ländern der europäischen Union gemeinsam begangen wird. Von der Freigabe des Feiertages für Kauf und Verkauf von Geld und Kapital zum Kauf und Verkauf anderer Waren sowie deren Produktion ist kein weiter Weg. Die Callcenter der Handelshäuser arbeiten eh schon mit Sondergenehmigungen der meisten Landesregierungen.

Europäischer Widerstand gegen deutsche Euroträume

Am 1. Juni, dem Feiertag Christi Himmelfahrt, tritt mit der geplanten Öffnung der Frankfurter Wertpapierbörse für den Börsenhandel die Auseinandersetzung um die Erhaltung der Feiertage in Europa mehr als zwei Jahre nach Verabschiedung des Gesetzes in ein neues Stadium. In der Zwischenzeit hat sich nämlich herausgestellt, dass die Widerstandskräfte gegen die praktische Umsetzung der deutschen Eurovorherrschaftsstrategie wesentlich zäher als erwartet waren. 1999 öffneten die deutschen Großbanken am Karfreitag, Ostermontag, 1. Mai, Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag, 3. Oktober, am 24. Dezember (tariflicher Bankfeiertag) und am 2. Weihnachtsfeiertag zum ersten Mal ihre Geld- und Devisenhandelsabteilungen sowie die nachgeordneten Abwicklungsbereiche. Die Finanzakteure in den anderen europäischen Ländern dachten aber nicht daran, gerade an diesen Tagen die Supergeschäfte mit den deutschen Großbanken zu tätigen. Die Tagesumsätze sanken am

Karfreitag auf ca. 10% eines normalen Werktages, an Ostermontag auf 1%. Außerdem wurde – auch mitinitiiert durch der Gewerkschaft HBV – in vielen europäischen Ländern die Kritik an diesem Coup der deutschen Großbanken laut. Für Frankreich kam es nicht in Frage, den 14. Juli für den Börsenhandel zu opfern, die Londoner City verteidigt zählt ihre Bankfeiertage. Die Schweiz, kein EU-Mitglied, aber im Finanzgeschäft nicht unbedeutend, denkt bisher nicht daran, auch nur einen einzigen ihrer Feiertage zu schlachten. Nach einer Debatte im europäischen Rat im Sommer 1999 wurden in der Folge die Öffnungstage des europaweiten Zahlungsverkehrssystems TARGET um vier Tage reduziert: Am Karfreitag, Ostermontag, 1. Mai und 2. Weihnachtsfeiertag ist das System in 2000 geschlossen, und damit die Hälfte der gestrichenen Feiertage wieder zurückgewonnen.

Feiertags-, Schicht- und Sonntagsarbeit umstritten

Mit der geplanten Börsenöffnung an Himmelfahrt, Pfingstmontag, Fronleichnam (Feiertag in Hessen) und am 3. Oktober soll das Feiertagsstreichungsprojekt jetzt wieder richtig in Fahrt kommen. Der Wertpapierhandel soll überhaupt erst die Kapitalmengen bewegen, die ein wesentlicher Anlass des Geld- und Devisenhandels sind. Auf ihren Feiertag verzichten sollen deshalb mehrere tausend Bankangestellte vor allem am Finanzplatz Frankfurt.

Ab 2. Juni werden zudem die Handelszeiten der Börse von derzeit 8.30 Uhr bis 17.30 Uhr auf 9 Uhr bis 20 Uhr verlängert, was Schichtarbeit oder verlängerte Arbeitstage für viele Angestellte in der Wertpapierabwicklung bedeutet. Ab 2001 ist eine Verlängerung auf 22 Uhr in Planung. Zusätzlich genervt sind die Beschäftigten über die zunehmende Tendenz der Konzerne wie Telekom oder Infineon und ihrer Konsortialbanken, die Preisfeststellung bei Neuemissionen auf das Wochenende und die Börseneinführungen auf den Montag zu legen, was massive Sonntagsarbeit in den Banken erzwingt.

All dies hat den bei der Gesetzes Einführung lauen Protest jetzt erst richtig auf Touren gebracht. In Frankfurt hat sich ein Bündnis der Verdi-Gewerkschaften gemeinsam mit der Katholischen und Evangelischen Kirche gebildet, ein „Börsengang an Himmelfahrt“ ist geplant, in den Gottesdiensten wird auf den Sinn der Feiertage für die Gläubigen hingewiesen. Ein regelmäßiger Arbeitskreis von Betriebsräten aus den betroffenen Banken trifft sich seit drei Monaten und stimmt die Mindestforderungen gegen Feiertags-

und Schichtarbeit ab. Überdies werden Verfassungsklagen vorbereitet und am 1. Juni startet eine Postkartenaktion an Kanzler Schröder. Neben Bundesarbeitsminister Walter Riester, der 1998 noch steif und fest geschworen hatte, eine Börsenöffnung sei durch das Gesetz nicht gedeckt, wird das staatliche Amt für Arbeitsschutz zum Handeln aufgefordert. Nicht nur, dass starke rechtliche Zweifel an der Zulässigkeit der Börsenöffnung bestehen, Banken und Börsen wollen auch die Usance, dass Börsengeschäfte zwei Tage nach Abschluss abzuwickeln sind, auf den Feiertag übertragen. Allein deswegen muss ein große Zahl von Beschäftigten am Feiertag arbeiten. Nach § 193 BGB brauchen aber Leistungen, deren Fälligkeit auf einen Sonn- oder Feiertag fällt, erst am kommenden Werktag erfüllt werden. Man darf gespannt sein, ob das Amt seine gesetzliche Pflicht erfüllt oder vor der vorgesetzten Sozialministerin Mosiek-Urbahn, CDU, kuscht.

gst



Arbeitsniederlegung von Lehrern

Es reicht!

HAMBURG. Die Vertrauensleute der GEW haben auf ihrer gut besuchten Versammlung am 3. Mai beschlossen, Hamburgs Lehrerinnen und Lehrer zu einer Arbeitsniederlegung am 5. Juli aufzurufen. Der Beschluss lautet:

„Die GEW stellt fest: Alle Bemühungen, auf dem Verhandlungswege Senat und Behörde zu einer Umkehr ihrer beschäftigungsfeindlichen Personalpolitik zu bewegen, sind gescheitert!

Die GEW bekräftigt ihr Ziel, die 38,5-Stundenwoche für Hamburgs LehrerInnen durchzusetzen. Die Arbeitszeit der LehrerInnen muss deutlich gesenkt werden. Nicht hinnehmbar sind arbeitszeitverlängernde Maßnahmen jedweder Art. Deshalb ruft die GEW ihre Mitglieder im ersten Schritt zu einer Arbeitsniederlegung im Juli auf für den Erhalt / die Wiedereinführung der Alterermäßigung und die volle Übernahme der Altersteilzeit-Regelung des Bundes unter Einbeziehung der teilzeitbeschäftigten KollegInnen.“

Die Grenzen der Belastbarkeit für alle KollegInnen sind erreicht. Die 38,5-Std.-Woche für Lehrkräfte gibt es nur auf dem Papier. Tatsächlich leisten Hamburgs Lehrerinnen und Lehrer Überstunden in erheblichem Ausmaß – unentgeltlich und ohne sonstigen Ausgleich. Zu diesem Ergebnis kommt die Hamburger

Arbeitszeit-Kommission in ihrem Bericht vom Juni 99.

Zur Belohnung wird Hamburgs Lehrerschaft seit Jahren mit vielfältigen Maßnahmen überzogen, die die Arbeitszeit verlängern, die Lernbedingungen für die SchülerInnen verschlechtern und die Einstellungschancen für junge LehrerInnen minimieren:

Der Höhepunkt dieser Unverschämtheiten ist die Streichung der Altertermäßigung. Dazu Anna Ammonn, Vorsitzende der Hamburger GEW: „Die Beschäftigungspolitik von Schulbehörde und Senat ist an Absurdität kaum zu überbieten. Während die Jungen weiterhin in Zwangsteilzeit gehalten werden, werden die Alten mehr belastet. 192 Stellen will der rot-grüne Senat über die Mehrbelastung der Älteren und damit 192 Arbeitsplätze für junge Lehrkräfte streichen. Der Altersdurchschnitt der Hamburger Lehrerschaft liegt bei rund 49 Jahren. Ein großer Teil von ihnen

scheidet erschöpft, krank und ausgebrannt vorzeitig aus dem Dienst aus. Die Streichung der Altertermäßigung in Verbindung mit einem Altersteilzeit-Gesetz, das den größten Teil der älteren LehrerInnen von der Inanspruchnahme ausschließt, ist geradezu unanständig. Sie kommt am Ende eines aufreibenden und engagierten Berufslebens einem finalen Fußtritt gleich.

Die angemessene Antwort kann nur ein Protest mit allen gewerkschaftlichen Mitteln sein. Deshalb ruft die GEW zur Arbeitsniederlegung am 5. Juli auf. Wir haben ein konkretes Kampfziel: Die 100 Stellen, die der Schulbereich in dieser Legislaturperiode zur Haushaltskonsolidierung noch abliefern soll, müssen verwendet werden, um den Erhalt der Altertermäßigung zwischenzufinanzieren. Dafür spricht auch die deutlich verbesserte Haushaltslage Hamburgs.“

Ilona Wilhelm, Pressesprecherin der GEW, Landesverband Hamburg

Friedenssicherung und Abrüstung muss vorrangiges Ziel gewerkschaftlicher Politik bleiben

Mit großer Mehrheit von der Bezirksdelegiertenkonferenz der ÖTV Bezirk Hamburg am 8.5. beschlossen.

Die Beteiligung der Bundeswehr am Angriffskrieg gegen Jugoslawien stellt eine Zäsur in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik dar.

Statt die Vereinten Nationen zu stärken, führten die NATO-Mitgliedsstaaten ohne UN-Mandat einen völkerrechtswidrigen Krieg. Obwohl das Grundgesetz das Bundesrecht ausdrücklich an das Völkerrecht bindet (Art. 25 GG) und einen Angriffskrieg sogar unter Strafe stellt (Art. 26 GG). Der Bruch des Völkerrechts durch die Selbsterteilung des Interventionsauftrages setzte eine für den Weltfrieden gefährliche Entwicklung in Gang.

Dabei waren die nicht-militärischen Lösungsmöglichkeiten des Konflikts im Kosovo bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Trotzdem wurde der Krieg gegen Jugoslawien begonnen. Der Verlauf des Krieges und die anhaltenden Spannungen im Kosovo und um Jugoslawien machen deutlich, dass die militärischen Mittel die sozialen und ethnischen Konflikte nur verschärft haben. Eine Lösung der Konflikte ist nicht in Sicht.

Jugoslawien darf nicht das Modell für weitere Angriffskriege werden!

Nach dem Ende des Warschauer Paktes sind die Bundeswehr und die NATO in existenzielle Legitimationsprobleme geraten. Ihre riesigen Militärpotentiale sind zur Landesverteidigung völlig überdimensioniert. Abrüstung müsste auf der Tagesordnung stehen.

Stattdessen hat sich die NATO ein neues strategisches Konzept gegeben, um künftig außerhalb des Bündnisgebietes –

auch ohne UN-Mandat – einzugreifen. An die Stelle der „Verteidigung des Bündnisses“ ist die militärische „Verteidigung gemeinsamer Interessen“ getreten. Entsprechend den Ansprüchen („Ungehindertem Zugang zu Märkten und Rohstoffen“) wird der verfassungsmäßige Grundsatz der Beschränkung der Bundeswehr auf die Landesverteidigung (Art. 87a GG) schrittweise ausgehöhlt.

Um die gewünschte Interventionsfähigkeit zu erreichen, soll die Bundeswehr um- und aufgerüstet werden. Nach den Worten des „Verteidigungs“ministers ist die Bundeswehr eine Investitionsruine. Er fordert: besseren Lufttransport, strategische Aufklärungsfähigkeit, höhere Mobilität und bessere Führungsfähigkeit. (...)

In Übereinstimmung mit dem DGB-Grundsatzprogramm: „Soziale, ökonomische und ökologische Konflikte müssen auf zivilem Weg ohne militärische Gewalt gelöst werden“,

lehnen wir weltweite militärische Interventionen und Auslandseinsätze der Bundeswehr und der NATO entschieden ab,

- fordern wir die Bundesregierung auf, die grundgesetzliche Beschränkung der Aufgaben der Bundeswehr auf den Verteidigungsauftrag einzuhalten und das Völkerrecht zu beachten,

- treten wir für eine qualitative und quantitative Abrüstung ein,

- fordern wir die Auflösung der „Krisenreaktionskräfte“ und des Kommandos „Spezialkräfte“,

- fordern wir eine auf zivile Konfliktmechanismen orientierte Politik. Sie muss die zivilen Friedensdienste sowie die Friedens- und Konfliktforschung ideell und materiell stärken.

Wirtschafts-
presse

Lizenz- und Beteiligungsvermögen besteuern?

– HB, Montag, 8.5.2000. – BDI-Präsident H.-O. Henkel gibt Finanzminister H. Eichel Rückendeckung bei seinen Plänen, Milliardenereinnahmen aus Lizenz- und Beteiligungsvermögen zum Schuldenabbau einzusetzen: „Das helfe nicht nur künftigen Generationen, sondern wäre auch ein starkes Signal für den Euro“.

BDI: Kuba-Reise Wiczorek-Zeuls begrüßt.

– Henkel selbst hatte Kuba bereits im vergangenen Jahr besucht, um die Chancen für die deutsche Industrie auszuloten. Die Isolierung des Regimes führe dazu, dass die Bevölkerung leide. Wie Wiczorek-Zeul bemerkte er zudem, dass auch die frühere Bundesregierung Kontakte zu Staaten gepflegt habe, die die Menschenrechte missachteten.

Metall-Arbeitgeber begrüßen Reformdebatte in der IG Metall.

– HB, Dienstag, 16.5.2000. – Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall hat die Debatte über die künftige Tarifpolitik innerhalb der IG Metall begrüßt. Präsident W. Stumpfe sagte, er sei bereit, mit der Gewerkschaft in eine breite Diskussion über die Reform des Flächentarifvertrags einzusteigen, den auch die Arbeitgeber erhalten wollten. Notwendig sei eine stärkere Anpassung an die betriebliche Vielfalt. Die IG Metall will ihre tarifpolitischen Eckpunkte auf den Prüfstand stellen. Dazu gehörten die Reform des Flächentarifvertrags, gemeinsame Entgelttarifverträge für Arbeiter und Angestellte und die umstrittene Beteiligung der Arbeitnehmer an Kapital und Vermögen. Der Rechtsanspruch auf qualifizierte und bezahlte Weiterbildungszeiten solle in der künftigen Tarifpolitik eine wichtige Rolle einnehmen.

Nachbesserungen der Unternehmenssteuerreform von DIHT und BDH gefordert.

– HB, Mittwoch, 18.5.2000. – Der Deutsche Industrie- und Handelsstag sowie die Bundesvereinigung Deutscher Handelsverbände verlangen den Freibetrag für die Veräußerung von Personengesellschaften auf mindestens 500 000 DM zu erhöhen. Zudem solle der von Rotgrün abgeschaffte halbe Steuersatz für solche Veräußerungsgewinne wieder eingeführt werden. Nach Ansicht des Hauptgeschäftsführers des Bundesverbandes deutscher Banken, M. Weber, müsse die Abschaffung der Gewerbesteuer, eine Novellierung des deutschen Außensteuerrechts sowie eine „wirksame steuerliche Begleitung von Unternehmensumstrukturierungen auf die steuerpolitische Agenda.“ *Presseauswertung: rst*

Die BRD „träumt noch immer vom Heiligen Römisch-Germanischen Reich“

Außenminister Joseph Fischer hielt am 12. Mai eine als „privat“ bezeichnete Rede zur Strategie der BRD bezüglich der Europäischen Union. Sie ordnet sich ein in die Konzepte eines deutsch-dominierten Europas und fanden auch ein entsprechendes Echo in den Nachbarländern.

In der EU wurde im vergangenen Jahr die Verlagerung der nationalstaatlichen Souveränität in Sachen Währungspolitik, in Sachen Innere Sicherheit und in Sachen Verteidigungspolitik auf die Unionsebene vereinbart. Das hat seinen Ausgangspunkt in der bereits laufenden Teilnahme an der gemeinsamen Währungspolitik in Richtung Euro, sodann in der grenzaufhebenden Zoll- und Polizeipolitik auf Grundlage des Schengener Abkommens und schließlich in der bisherigen Kooperation aufgrund des militärischen Verbunds der WEU. In diesem Zusammenhang gab es bzw. gibt es innerhalb der EU teilhabende und nichtteilhabende Mitgliedsstaaten. Die teilhabenden Staaten konnten sich bislang weder als „Kern“ noch als „Gravitationszentrum“ noch als „Avantgarde“ begreifen – ebenso wenig wie sich die Nicht-

teilhabenden als Peripherie oder Nachhut begreifen mussten bzw. begriffen haben.

Gleichwohl ist diese Begrifflichkeit in der Rede bewusst gewählt – sie wendet sich an ein spezifisches Selbstverständnis innerhalb der EU-Staaten: Hier werden Menschen angesprochen, die – jenseits der, im nationalstaatlichen Rahmen verfolgten bzw. verbürgten eigenen Interessen – Bedacht nehmen auf den „europäischen“ Rahmen, wohin sich diese Interessen fortentwickelt haben bzw. fortentwickeln lassen. Diese Menschen legen insofern Wert auf ihre „europäische“ Gesinnung. Sie sind jene „politischen Eliten“, welche mit dieser bewusst gewählten Begrifflichkeit angesprochen werden sollen – und welche sich auch prompt angesprochen wussten. Es geht somit um die Gewinnung eines meinungsbildenden Anhangs in Sachen „Europa“. Und hierbei stimmen zumindest zwei Sachen nachdenklich.

1.

Das betrifft zum einen das selbstsichere Kalkül, mit dem hier auf die Adressaten

dieser Begriffswahl zugegangen wird: Immerhin sollen sie gewonnen werden für die „Neuordnung“ der jetzigen EU durch Aufteilung der bisherigen Mitgliedsstaaten in zwei abgestufte Lager...! Es gibt zu diesem Punkt einige Fakten, die nicht nur dafür sprechen, dass dieses Kalkül an jener Aufteilung bzw. Abstufung innerhalb dieses Verbunds anzuknüpfen sucht, die sich seit dem letzten Jahr entwickelt hat – sondern dass dieses Kalkül insbesondere an einer Verfestigung dieser aktuellen Entwicklung interessiert ist. Das betrifft jene Reformen, die von der laufenden Regierungskonferenz beabsichtigt sind: die Ungleichbehandlung der Mitgliedsstaaten bei der zukünftigen Zusammensetzung der EU-Kommission und bei der Stimmgewichtung im Rat sowie die Ausweitung des Prinzips der Mehrheitsentscheidung.

Weil bei der zukünftigen Stimmgewichtung im Rat auf die Bevölkerungszahl des einzelnen Mitgliedsstaates abgestellt wird, hatte diese Reformabsicht von Anbeginn etwas vom „Mut zum Risiko“ an sich.

Nicht wenigen beteiligten EU-Staaten war bzw. ist klar, dass man sich darüber

Auszüge aus der Rede am 12. Mai 2000 in der Humboldt-Universität in Berlin.

Joschka Fischer: „Vom Staatenverbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration“

„[...] So zentral die Regierungskonferenz für die Zukunft der EU als nächster Schritt auch immer ist, so müssen wir angesichts der Lage Europas gleichwohl schon heute damit beginnen, uns über den Prozess der Erweiterung hinaus Gedanken zu machen, wie eine künftige „große“ EU einmal funktionieren kann, wie sie deshalb aussehen und funktionieren müsste. [...] Fragen über Fragen, auf die es allerdings eine ganz einfache Antwort gibt: den Übergang vom Staatenverbund der Union hin zur vollen Parlamentarisierung in einer Europäischen Föderation, die Robert Schuman bereits vor 50 Jahren gefordert hat. Und d.h. nichts geringeres als ein europäisches Parlament und eine ebensolche Regierung, die tatsächlich die gesetzgebende und die exekutive Gewalt innerhalb der Föderation ausüben. Diese Föderation wird sich auf einen Verfassungsvertrag zu gründen haben. [...] Nur wenn die europäische Integration die Nationalstaaten in eine solche Föderation mitnimmt, wenn deren Institutionen nicht entwer-

tet oder gar verschwinden werden, wird ein solches Projekt trotz aller gewaltigen Schwierigkeiten machbar sein. Anders gesagt: die bisherige Vorstellung eines europäischen Bundesstaates, der als neuer Souverän die alten Nationalstaaten und ihre Demokratien ablöst, erweist sich als ein synthetisches Konstrukt jenseits der gewachsenen europäischen Realitäten. Die Vollendung der europäischen Integration lässt sich erfolgreich nur denken, wenn dies auf der Grundlage einer Souveränitätsteilung von Europa und Nationalstaat geschieht. Genau dieses Faktum aber steckt hinter dem Begriff der „Subsidiarität“, der gegenwärtig allenthalben diskutiert und von kaum jemandem verstanden wird.

Was hat man sich nun unter dem Begriff der „Souveränitätsteilung“ vorzustellen? Wie gesagt, Europa wird nicht in einem leeren politischen Raum entstehen, und ein weiteres Faktum unserer europäischen Realität sind deshalb die unterschiedlichen politischen Nationalkulturen und deren demokratische Öffent-

lichkeiten, getrennt zudem noch durch die allfälligen Sprachgrenzen. Ein europäisches Parlament muss deswegen immer ein Doppeltes repräsentieren: ein Europa der Nationalstaaten und ein Europa der Bürger. Dies wird sich nur machen lassen, wenn dieses europäische Parlament die unterschiedlichen nationalen politischen Eliten und dann auch die unterschiedlichen nationalen Öffentlichkeiten tatsächlich zusammenführt. Dies lässt sich meines Erachtens erreichen, wenn dieses europäische Parlament über zwei Kammern verfügt, wobei eine Kammer durch gewählte Abgeordnete besetzt wird, die zugleich Mitglieder der Nationalparlamente sind. So wird es keinen Gegensatz zwischen nationalen Parlamenten und europäischem Parlament, zwischen Nationalstaat und Europa geben. Bei der zweiten Kammer wird man sich zwischen einem Senatsmodell mit direktgewählten Senatoren der Mitgliedsstaaten oder einer Staatenkammer analog unseres Bundesrates zu entscheiden haben. In den USA wählen alle Staa-

die Wiederbelebung eines völkischen Blocks in Mitteleuropa einhandeln kann – der „großdeutschen Volks- und Kultur-gemeinschaft“. Hier hat ein weiteres Ent-wicklungsmoment der bereits vor sich gehenden Aufteilung bzw. Abstufung in-nerhalb der EU ihren Ausgangspunkt. Das betrifft die Verständigung auf jene Sanktionspolitik gegenüber dem Mit-gliedsstaat Österreich, von der die Be-treiber selbst freimütig zugeben, dass die bestehenden Festlegungen in dieser Sa-che dazu keine Handhabe hergeben.

Die deutsche Seite konnte hier – wie stets auch in früheren Regierungsepo-chen auf dem Felde der Außenpolitik – ar-beitsteilig (d.h. mit verteilten Rollen) operieren: Während aus Süddeutschland heraus die CDU/CSU hinwirkte auf eine Koalition ihrer konservativen „Schwe-sterpartei“ ÖVP mit der (offen groß-deutsch ausgerichteten) nationallibera-len FPÖ, konnte sich die hiesige Regie-rungskoalition an jener Sanktionspolitik beteiligen – mithin an einem weiteren Vorgang der Aufteilung und Abstufung innerhalb der EU.

In den (Korrespondenten-)Berichten der Tageszeitung „Die Presse“ (Wien, 17.05.) zum anstehenden französisch-deutschen Regierungstreffen in Paris-Rambouillet sowie zum vorausgegan-genen Besuch des polnischen Präsidenten Kwasniewski in Frankreich scheint die-se Arbeitsteilung wie folgt auf: „Deutschland gilt gemeinsam mit Frank-reich, Belgien [den Niederlanden, Lu-xemburg – huh] und Portugal als das Rückgrat der harten Haltung gegenüber

der neuen ÖVP/FPÖ-Regierung. Das Ar-gument Berlins lautete immer, dass Deutschland hier keine Kompromisse machen könne, weil das Problem anson-sten zu einem ‚deutschen Problem‘ wür-de.“ Die hauptsächlich von den westli-chen Nachbarstaaten getragene Sankti-onspolitik wird mitgetragen in den Rei-hen der östlichen Nachbarstaaten, wo (neben der NATO) „Europa“ stets auch als Schutz vor Großdeutschland bzw. vor diesbezüglichen „pro-deutschen“ Hal-tungen begriffen wird. Die Bejahung der Sanktionspolitik aus diesem spezifi-schen Grund kann beispielhaft abgelesen werden an folgenden Feststellungen Kwasniewskis: Er „[...] erwartet von der österreichischen Regierung ‚Entschei-dungen und Aktionen, die unmissver-ständlich ihre pro-europäische Haltung unter Beweis stellen‘. Dies erklärte Kwasniewski ... in einem Interview mit ‚Le Figaro‘. Auf die Frage, ob die Lage in Österreich eine Gefahr für die EU dar-stelle, meinte Polens Präsident: ‚Ja, und wir verstehen die Maßnahmen, die die Union gegen Österreich ergriffen hat.‘ [...]“

2.

Die zweite Sache, die nachdenklich stimmt, betrifft den Vorschlag der Neu-gründung der EU als „Europäische Fö-deration“. In seiner Rede hat Fischer den Übergang zu den diesbezüglichen Dar-le-gungen (siehe Dokumentation!) wie folgt formuliert: „So wichtig der erste Re-formschritt mit seiner verstärkten Mehr-

heitsentscheidung bei der vor uns liegen-den Regierungskonferenz auch für den Beginn der Erweiterung ist, so wird er langfristig für die Erweiterung insge-samt allein nicht ausreichen.“ Das zielt auf die Schaffung von (institutionellen) Strukturen, die die Mehrheitsentschei-dungen herauslösen aus dem bislang dro-henden Zufall und sie kanalisiert in Zu-sammenhängen bzw. Abläufen, wo sie zu berechenbaren bzw. erwartbaren Ergeb-nissen gemacht werden können.

Das Auswärtige Amt rekrutiert sich von Anbeginn aus dem „staats- und völ-kerrechtlich“ geschulten akademischen Milieu. Hierüber ist sichergestellt, dass ein spezifisches kulturelles Kapital von Regierungsepoche zu Regierungsepoche weitergereicht werden kann: Das betrifft insbesondere das Herrschaftswissen um die mannigfaltigen Methoden, mit denen Deutschland aus einer zunächst unterle-genen Position herausmanövriert werden kann und hineingesteuert werden kann in eine überlegene Position. Weil das Per-sonal des Auswärtigen Amtes (AA) bei der Pflege und Anwendung dieses Herr-schaftswissens in bestimmten Epochen durchaus bereit war, über Leichen zu ge-hen – hat einer der Chefankläger im Nürnberger Tribunal, Robert Kempner, dieses Amt in einem Gespräch mit seinem Kronzeugen Dr. Gaus (dem seinerzeitigen Justitiar des AA) schlicht als „Verbre-cherbande“ bezeichnet. Hier interessiert jetzt zunächst einmal der Tatbestand, dass das AA in Sachen Föderation auf reichhaltige Erfahrungen bis weit zurück in das vergangene Jahrhundert zurück-

Dokumentiert: Joschka Fischer

ten zwei Senatoren, in unserem Bundes-rat hingegen gibt es eine unterschiedli-che Stimmenzahl. Ebenso stellen sich für die europäische Exekutive, die europäi-sche Regierung, zwei Optionen. Entwe-der entscheidet man sich für die Fortent-wicklung des Europäischen Rats zu einer europäischen Regierung, d.h. die eu-ro-päische Regierung wird aus den natio-nalen Regierungen heraus gebildet, oder man geht, ausgehend von der heutigen Kommissionsstruktur, zur Direktwahl eines Präsidenten mit weitgehenden exe-kutiven Befugnissen über. Man kann sich hier aber auch verschiedene Zwi-schenformen dazu denken. [...]. Die Sou-veränitätsteilung von Föderation und Nationalstaaten setzt einen Verfassungs-vertrag voraus, der festlegt, was eu-ro-päisch und was weiterhin national ge-regelt werden soll.

[...]. Die klare Zuständigkeitsregelung zwischen Föderation und Nationalstaa-ten in einem europäischen Verfassungs-vertrag sollte die Kernsouveränitäten und nur das unbedingt notwendig eu-ro-päisch zu Regelnde der Föderation übertragen, der Rest aber bliebe natio-nalstaatliche Regelungskompetenz. Dies wäre eine schlanke und zugleich hand-



Für ein starkes Deutschland in einem starken Europa?

lungsfähige Europäische Föderation, voll souverän und doch auf selbstbewussten Nationalstaaten als Glieder dieser Föde-ration beruhend. Zudem wäre dies auch eine Föderation, die von den Bürgern durchschaut und verstanden würde, weil sie ihr Demokratiedefizit überwunden hätte. Dies alles wird aber nicht die Ab-schaffung des Nationalstaates bedeuten. Denn auch für das finale Föderations-subjekt wird der Nationalstaat mit sei-nen kulturellen und demokratischen Tra-ditionen unersetzlich sein, um eine von den Menschen in vollem Umfang akzep-tierte Bürger- und Staatenunion zu legi-timieren. [...]. Auch in der europäischen Finalität werden wir also noch Briten

und Deutsche, Franzosen und Polen sein. Die Nationalstaaten werden fortexistie-ren und auf europäischer Ebene eine we-sentlich stärkere Rolle behalten als dies die Bundesländer in Deutschland tun. Und das Prinzip der Subsidiarität wird in einer solchen Föderation künftig Ver-fassungsrang haben. Diese drei Refor-men: die Lösung des Demokratiepro-blems sowie das Erfordernis einer grund-legenden Neuordnung der Kompetenzen sowohl horizontal, d.h. zwischen den eu-ro-päischen Institutionen, als auch verti-kal, also zwischen Europa, Nationalstaat und Regionen, wird nur durch eine kon-stitutionelle Neugründung Europas ge-lingen können, also durch die Realisie-rung des Projekts einer europäischen Ver-fassung, deren Kern die Verankerung der Grund-, Menschen- und Bürgerrechte, ei-ner gleichgewichtigen Gewaltenteilung zwischen den europäischen Institutionen und einer präzisen Abgrenzung zwischen der europäischen und der nationalstaat-lichen Ebene sein muss. Die Hauptachse einer solchen europäischen Verfassung wird dabei das Verhältnis zwischen Fö-deration und Nationalstaat bilden. Da-mit ich nicht missverstanden werde: Dies hat mit Renationalisierung überhaupt

greifen kann: Das betrifft insbesondere den Gesichtspunkt der föderativen Einkleidung einer Hegemonialpolitik, wie sie sich beispielhaft nachvollziehen lässt anhand der diesbezüglichen Politik Preußens – abgestützt auf die föderative Struktur des Norddeutschen Bundes und dann später (nach Anschluss der süddeutschen Staaten) abgestützt auf die föderative Struktur des Reichsverbands.

Heinrich Triepel, ein Vertreter der konservativ-autoritären Staatslehre von Hegel bis Carl Schmitt, führt in seinem 1938 erschienenen Buch „Die Hegemonie“ aus:

„Die Hegemonie des preußischen Staates, wie sie in der Verfassung des Norddeutschen Bundes von 1867 und in der Verfassung des Deutschen Reichs von 1871 anerkannt und auf dieser Grundlage in den nächsten Jahrzehnten entwickelt worden ist, hebt sich deutlich von allen andern Hegemonien der Geschichte ab. [...] Bei Lichte besehen war es in erster Linie die indirekte preußische Führung, die im Gegensatz zu Bismarcks ursprünglicher Hinneigung zur direkten Hegemonie der Verfassung ihren schärfsten und zugleich ihren politisch bedeutsamsten Charakter gegeben hat. Denn die indirekte Hegemonie setzt ein gehöriges Maß von Föderalismus voraus, und es war eben die Verbindung des Föderalismus mit der Hegemonie, die diese für die andern Bundesglieder, namentlich für die Mittelstaaten leichter erträglich machte. [...]

Alles in allem ist die ... indirekte Hegemonie Preußens vielleicht das wichtig-



Bedenke die Folgen...

ste Stück seiner Führung im Reiche geworden. Ich habe früher einmal die Hegemonie bezeichnet als ‚den Inbegriff aller Rechtssätze und Einrichtungen, vermöge deren die führende Macht eines zusammengesetzten Staatswesens dem Leben der Gesamtheit die gewünschte Rich-

tung zu geben und den Stempel des eigenen Geistes aufzudrücken vermag‘. Die Definition ... deckt jedenfalls völlig das, was wir als indirekte Hegemonie zu bezeichnen vorgeschlagen haben.“ (Heinrich Triepel, *Die Hegemonie. Ein Buch von führenden Staaten*. Stuttgart 1938, S. 552ff.)

„Im allgemeinen lässt sich nur sagen, dass der Staatenbund mehr als der Bundesstaat Einfallstore für die Hegemonie besitzt. [...] Ein lockerer Verband von Staaten ist der Entstehung einer Hegemonie förderlicher als ein fester, also auch ein Staatenbund für sie offener als ein Bundesstaat. Und je mehr die Organisation des Bundesstaats die unitarischen Elemente vor den föderativen bevorzugt, also je gefestigter sie innerlich ist, um so größere Hindernisse setzt sie der Bildung einer Hegemonie entgegen. Die Hegemonie wächst eben am kräftigsten im Mutterboden des Völkerrechts, nicht in dem des Staatsrechts, wie wir wiederholt gesehen haben. [...] Das zweite aber ist: wenn es zum Wesen einer Hegemonie gehört, dass sie einheitsfördernd, ‚integrierend‘ wirkt, so wird im Bundesstaate diese Funktion in großem Umfange durch die im engsten Sinne unitarischen Organe erfüllt; am Beispiel der Vereinigten Staaten und der Schweiz haben wir das früher nachgewiesen. Bei den Staatenbünden fallen diese beiden hegemoniefeindlichen Elemente der Verfassung fort. Es ist kein Zufall, dass der deutsche Bundesstaat der Jahre 1867 und 1871 der einzige Bundesstaat ist, der eine ausgeprägte Hegemonie besessen hat.

Dokumentiert: Joschka Fischer

nichts zu tun, im Gegenteil.

Meine Damen und Herren, die Frage, die sich nun immer drängender stellt, ist folgende: wird sich diese Vision einer Föderation nach der bisherigen Methode der Integration realisieren lassen oder muss diese Methode selbst, das zentrale Element des bisherigen Einigungsprozesses, in Frage gestellt werden? Bis in der Vergangenheit dominierte im wesentlichen die „Methode Monnet“ mit ihrem Vergemeinschaftungsansatz in europäischen Institutionen und Politiken den europäischen Einigungsprozess. Diese schrittweise Integration ohne Blaupause für den Endzustand war in den 50er Jahren für die wirtschaftliche Integration einer kleinen Ländergruppe konzipiert worden. So erfolgreich dieser Ansatz dort war, für die politische Integration und die Demokratisierung Europas hat er sich als nur bedingt geeignet erwiesen. Dort, wo ein Voranschreiten aller EU-Mitglieder nicht möglich war, gingen deshalb Teilgruppen in wechselnden Formationen voraus, wie in der Wirtschafts- und Währungsunion oder bei Schengen. Liegt also in einer solchen Differenzierung, einer verstärkten Zusammenarbeit in Teilbereichen, die Antwort auf die doppelte

Herausforderung von Erweiterung und Vertiefung? Gerade in einer erweiterten und zwangsläufig auch heterogeneren Union wird eine weitere Differenzierung unverzichtbar werden. Sie zu erleichtern, ist deshalb auch ein zentrales Ziel der Regierungskonferenz. Allerdings wird eine immer stärkere Differenzierung auch neue Probleme aufwerfen: einen Verlust von europäischer Identität, an innerer Kohärenz sowie die Gefahr einer inneren Erosion der EU, wenn nämlich neben die Klammer der Integration immer größere Bereiche intergouvernementaler Zusammenarbeit treten sollten. Schon heute ist eine wohl innerhalb ihrer eigenen Logik nicht mehr zu lösende Krise der „Methode Monnet“ nicht mehr zu übersehen.

Jacques Delors sowie Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing haben deshalb in jüngster Zeit versucht, auf dieses Dilemma neue Antworten zu finden. Nach den Vorstellungen von Delors soll eine „Föderation der Nationalstaaten“, bestehend aus den 6 Gründungsländern der Europäischen Gemeinschaft, einen „Vertrag im Vertrag“ schließen, mit dem Ziel einer tiefgreifenden Reform der europäischen Institutionen. In eine ähnliche Richtung gehen die Überlegungen

von Schmidt und Giscard, die allerdings anstatt der 6 Gründungsmitglieder von den Euro-11 Staaten als Zentrum ausgehen. Bereits 1994 hatten Karl Lamers und Wolfgang Schäuble die Schaffung eines „Kerneuropa“ vorgeschlagen, das allerdings einen entscheidenden Geburtsfehler hatte, nämlich die Vorstellung eines exklusiven „Kerns“, der noch dazu das Gründungsland Italien ausschloss, anstatt eines für alle offenen Integrationsmagneten. Wenn angesichts der unabwiesbaren Herausforderung der Osterweiterung die Alternative für die EU tatsächlich Erosion oder Integration heißt und wenn das Verharren in einem Staatenverbund Stillstand mit all seinen negativen Folgen bedeuten würde, dann wird, getrieben durch den Druck der Verhältnisse und der von ihnen ausgelösten Krisen, die EU innerhalb der nächsten Dekade irgendwann vor der Alternative stehen: Springt eine Mehrheit der Mitgliedstaaten in die volle Integration und einigt sich auf einen europäischen Verfassungsvertrag zur Gründung einer Europäischen Föderation? Oder, wenn dies nicht geschieht, wird eine kleinere Gruppe von Mitgliedstaaten als Avantgarde diesen Weg vorausgehen, d.h. ein Gravi-

Der Grund liegt eben darin, dass das Deutsche Reich föderative Elemente in weit höherem Grade als jeder der andern Bundesstaaten in sich schloß. Je mehr sich die Organisation eines Staatenbundes der eines Bundesstaates nähert, um so geringer werden die Aussichten für eine Hegemonie. Je lockerer das föderative Band ist, um so eher kann sich Hegemonie einschleichen.“ (Heinrich Triepel, *Die Hegemonie. Ein Buch von führenden Staaten*. Stuttgart 1938, S. 289ff.)

Fischer tritt in seiner Rede dort, wo er den Übergang zur konkreten Darlegung seines Föderationsvorschlages formuliert, im ersten Schritt ein „für entschlossene und angemessene Reform der Institutionen [der EU]“. Im zweiten Schritt schlägt er – zwecks Wahrung der Funktionsfähigkeit einer zukünftigen großen EU – „den Übergang vom Staatenverbund der Union hin zur vollen Parlamentarisierung in einer Europäischen Föderation“ vor. Wie u.a. die Stellungnahme des AA-Vertreters bei der Bundestagsdebatte am 18.5. anlässlich der Behandlung der Vorlagen bezüglich einer Europäischen Grundrechte-Charta verdeutlicht, sucht die deutsche Seite bereits seit dem vergangenen Jahr (im Zusammenhang mit der Kölner EU-Konferenz) auf dieser Schiene einen meinungsbildenden Einfluss dahingehend, dass hier die öffentliche Skepsis und Kritik gegenüber der (durch das Kommissariatswesen geprägten) bundesstaatlichen Verfasstheit der EU genutzt werden soll für die eigenen Absichten weg vom Bundesstaat (und seinen Institutionen) hin zur Föderation



...die deutsche Geschichte bietet genug Beispiele!

mit deren spezifischer Struktur plus Organen. (Protokoll der 105. Sitzung des Bundestags – 18.5.2000, Tagesordnungspunkte 5a-5c)

Fischers Rede gibt sich, in Verfolgung der zugrundeliegenden strategischen

Absicht, von Anfang bis Ende große Mühe, die französische Seite – mithilfe wiederholter, ausdrücklicher Rückverweise auf deren Verdienste um die Herausbildung der bisherigen EU – einzubinden in eine „Achse Berlin-Paris“. Ein Mitglied der französischen Regierung, Innenminister Chevenement, hat nunmehr am 21.5. zu seinem Vorschlag etwas ausführlicher Stellung genommen: „Mit Blick auf Deutschland sagte er dem TV-Sender France 2: ‚Es hat sich noch nicht von der Entgleisung erholt, die der Nationalsozialismus in seiner Geschichte dargestellt hat.‘ Frankreichs Nachbarland träume noch immer alte Träume: ‚Wir haben es mit einer Tendenz Deutschlands zu tun, das sich für Europa eine föderale Struktur vorstellt, die seinem Modell entspricht. Im Grunde träumt es noch immer vom Heiligen Römisch-Germanischen Reich‘, sagte der Vorsitzende der im linken Spektrum angesiedelten Bürgerbewegung MDC. [...] Deutschland habe eine ‚...ethnische Konzeption‘ [von der Nation]. Für einen besseren Dialog mit Frankreich müsste man ihm helfen, sich eine andere Idee von der Nation zu schmieden, die ‚Idee der Bürger-Nation‘. Fischers Vorschlag sei nichts weiter als ... ein Vorwärtstreiben in Prozeduren. ‚Man schlägt den Aufbau eines föderalen Europas vor, ohne zu sagen, warum. Was steckt für ein Projekt dahinter, wo ist politische Reflexion, wo die Debatte, was für eine Zivilisation hat sie zum Inhalt, welche politische Priorität enthält sie im Kern?‘ fragte Chevenement.“ (Süddeutsche Zeitung, 22.5.2000) *huh*

Dokumentiert: Joschka Fischer

tationszentrum aus einigen Staaten bilden, die aus tiefer europäischer Überzeugung heraus bereit und in der Lage sind, mit der politischen Integration voranzuschreiten? Die Fragen würden dann nur noch heißen: Wann wird der richtige Zeitpunkt sein? Wer wird teilnehmen? Und wird sich dieses Gravitationszentrum innerhalb oder außerhalb der Verträge herausbilden? Eines jedenfalls ist dabei sicher: ohne engste deutsch-französische Zusammenarbeit wird auch künftig kein europäisches Projekt gelingen.

Angeichts dieser Lage könnte man sich also weit über das nächste Jahrzehnt hinaus die weitere Entwicklung Europas in zwei oder drei Stufen vorstellen:

Zunächst dem Ausbau verstärkter Zusammenarbeit zwischen denjenigen Staaten, die enger als andere kooperieren wollen, wie dies bereits auch in der Wirtschafts- und Währungsunion und bei Schengen der Fall ist. Auf vielen Gebieten können wir hiermit vorankommen: bei der Weiterentwicklung der Euro-11 zu einer wirtschaftspolitischen Union, beim Umweltschutz, der Verbrechensbekämpfung, der Entwicklung einer gemeinsamen Einwanderungs- und Asyl-

politik und natürlich auch in der Außen- und Sicherheitspolitik. Sehr wichtig dabei ist, dass verstärkte Zusammenarbeit nicht als eine Abkehr von der Integration verstanden werden darf. Ein möglicher Zwischenschritt hin zur Vollendung der politischen Union könnte dann später die Bildung eines Gravitationszentrums sein. Eine solche Staatengruppe würde einen neuen europäischen Grundvertrag schließen, den Nukleus einer Verfassung der Föderation. Und auf der Basis dieses Grundvertrages würde sie sich eigene Institutionen geben, eine Regierung, die innerhalb der EU in möglichst vielen Fragen für die Mitglieder der Gruppe mit einer Stimme sprechen sollte, ein starkes Parlament, einen direkt gewählten Präsidenten. Ein solches Gravitationszentrum müsste die Avantgarde, die Lokomotive für die Vollendung der politischen Integration sein und bereits alle Elemente der späteren Föderation umfassen.

[...] Es müssten Mechanismen entwickelt werden, die eine Mitarbeit des Gravitationszentrums in der größeren EU ohne Reibungsverluste erlauben. [...] Ein solcher Gravitationskern muss also ein aktives Erweiterungsinteresse

haben und er muss Attraktivität für die anderen Mitglieder ausstrahlen. Folgt man dem Grundsatz von Hans Dietrich Genscher, dass kein Mitgliedstaat gezwungen werden kann, weiter zu gehen, als er es kann oder wünscht, aber dass derjenige, der nicht weitergehen möchte, auch nicht die Möglichkeit hat, die anderen daran zu hindern, dann wird sich die Gravitation innerhalb der Verträge herausbilden, ansonsten außerhalb. Der letzte Schritt wäre dann die Vollendung der Integration in einer Europäischen Föderation. [...] Die verstärkte Zusammenarbeit wird zunächst vor allem nichts anderes als eine verstärkte Intergouvernementalisierung [...] bedeuten. Der Schritt von der verstärkten Zusammenarbeit hin zu einem Verfassungsvertrag – und genau dies wird die Voraussetzung der vollen Integration sein – bedarf dagegen eines bewussten politischen Neugründungsaktes Europas. Dies, meine Damen und Herren, ist meine persönliche Zukunftsvision: Von der verstärkten Zusammenarbeit hin zu einem europäischen Verfassungsvertrag und die Vollendung von Robert Schumans großer Idee einer Europäischen Föderation. Dies könnte der Weg sein!

Der PDS-Parteivorstand beschloss einstimmig, Gabi Zimmer für die Kandidatur zum Parteivorsitz vorzuschlagen.

Eine Gegenkandidatur von der Berliner Landesvorsitzenden Petra Pau wird es nicht geben. In einem Interview im *Neuen Deutschland* beklagte Pau, „ich wurde ungefragt ins Gespräch gebracht; von diesen Umgang sind Verletzungen geblieben“. Gabi Zimmer respektiert diese Entscheidung. Sie erklärte am letzten Wochenende, dass eine Koalition zwischen PDS und SPD auf Bundesebene derzeit nicht in Frage komme. Die SPD schiele eher zur FDP.

In seiner turnusmäßigen Sitzung hat der **Landesvorstand der PDS-Thüringen** sich für die Kandidatur von Gabriel Zimmer für den Parteivorsitz ausgesprochen. Die Mitglieder des Gremiums versprachen der Thüringer Fraktionsvorsitzenden die volle Unterstützung. Sie sei eine Politikerin, „die auf Leute zugehen, Wogen glätten und die Integration der Partei befördern kann“. Die Mitglieder des Vorstandes äußerten die Bitte an Gabi Zimmer, in ihrer Arbeit ein „gesundes Verhältnis zwischen Parteivorstand, Landesvorständen und der Basis herzustellen“.

Weiterhin hat der Landesvorstand der PDS Thüringen in seiner Beratung für den 18. und 19. November 2000 den 6. Landesparteitag nach Saalfeld einberufen. Inhaltlich soll sich der Parteitag mit Problemen der Beschäftigungspolitik in Thüringen, regionalen Wirtschaftskreisläufen und kommunalpolitischen Positionen beschäftigen. Der Landesvorstand will für den Parteitag ein Leitantag erarbeiten, der die weitere Entwicklung der PDS Thüringen als Partei von unten definiert.

Etwas voreilig äußerte sich Bundesgeschäftsführer Bartsch zu den **bevorstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz**. Ohne die Beratung der Landesverbände nach den Wahlen in NRW abzuwarten, sprach er sich gegen einen Kandidatur aus. Das ging vielen zu weit. André Brie war diese Festlegung zu starr: „Der Weg der PDS nach Westdeutschland ist lang.“ Gabi Zimmer wandte sich gegen ein pauschales Urteil. Man müssen von Fall zu Fall konkret entscheiden. Einig war sich der Parteivorstand darüber, dass die Kommunalwahlen im nächsten Jahr in Hessen und Niedersachsen unterstützt werden müssen. Der Parteivorstand will den Kommunalwahlkampf der PDS in Hessen mit 25 000 DM unterstützen.

Die Thüringer PDS will bei den Stichwahlen zu den Landräten, Oberbürgermeistern und Bürgermeistern die Kandidaten der SPD unterstützen. Landes-

vorsitzender Dieter Hausold sagte heute gegenüber dem Landesvorstand, „dass mit der Stichwahl ein Zeichen für die demokratische Kultur in Thüringen gesetzt werden kann“. Damit reagierte er auf Erklärungen aus Kreisverbänden, die zur Wahl von SPD-Kandidaten aufgerufen hatten. Der Landeschef sei sich jedoch darüber im Klaren, dass „ein Teil der Mitglieder der SPD ein schwieriges Verhältnis zur PDS habe“. Dies sei auch umgekehrt der Fall. Dennoch hofft der PDS-Politiker, dass bei den Stichwahlen in Suhl und Sömmerda die Kandidaten der PDS Unterstützung auch von Sozialdemokraten erhalten.

Die PDS hat sich im Neusser Stadtrat mit der Gruppe der „Wählergemeinschaft Die Unabhängigen“ zu einer Fraktion zusammengeschlossen. Die zwei „Unabhängigen“ kommen aus der SPD. Nach der NRW-Gemeindeordnung sind Fraktion erst ab 2 bis 4 Abgeordnete möglich, unterschiedlich nach der Größe der Stadt. In einer Presseerklärung schreibt die PDS NRW: „Der neue Fraktionsvorsitzende Gerhard Quentin erklärte dazu, dass sich Die Unabhängigen und die PDS u.a. auf die Ziele einer stärkeren BürgerInnenbeteiligung, einer sozial verantwortbaren und gerechten Haushaltspolitik, einer nachhaltigen Verbesserung der Situation an den Neusser Schulen und einen Ausbau der Angebote für Jugendliche verständigt hätten. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Roland Sperling (PDS) hob neben den inhaltlichen Zielen die faire Zusammenarbeit mit den beiden Stadtverordneten der Unabhängigen hervor.“ Die Zweckgemeinschaft mit politischen Gemeinsamkeiten ermöglicht beiden, mit Stimmrecht in die Ausschüsse einzuziehen und Fraktionszuwendungen zu erhalten.

Die PDS Niedersachsen unterstützt die Demonstration gegen die Expo am 27. Mai und erklärt in einem Aufruf: „Wir stellen uns eine ganz andere Zukunft vor als die, die sie uns mit der EXPO verkaufen wollen. Gegen den patriarchalen, rassistischen und kapitalistischen Zukunftsentwurf und den Bauplan der Konzerne, Regierungen, Technokraten für ihre ‚Schöne Neue Welt‘ setzen wir den weltweiten Widerstand von AtomkraftgegnerInnen bis Zapatistas, von antipatriarchal bis zersetzend. Wir wollen anlässlich der nahen Eröffnung der EXPO mit einer kraftvollen Demonstration unsere gemeinsame Kritik an den Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen sichtbar und konfrontativ auf die Straße tragen und damit den Auftakt zu weiteren Aktionen gegen die »schöne neue EXPO-Welt« setzen. Wir machen nicht mit! Entwickeln wir einen vielfältigen Widerstand!“

Zusammenstellung: jöd



Mit einer hauchdünnen Mehrheit von zwei Stimmen entschieden sich Anfang April 260 Bundestagsabgeordnete bei 31 Enthaltungen quer durch die Parteien dafür, daß das Kunstprojekt „Der Bevölkerung“ im Berliner Reichstag verwirklicht werden kann. Der seit 1965 in New York lebende konzeptuell arbeitende Künstler Hans Haacke war im Frühjahr 1998 vom Kunstbeirat des Bundestages gebeten worden, ein Kunst-am-Bau-Projekt für das Reichstagsgebäude zu entwickeln. Daß das Parlament letztlich darüber entschied, obwohl es vorher durch das von allen Bundestagsabgeordneten legitimierte Gremium, dem Kunstbeirat, mehrheitlich beschlossen wurde, ist ein einmaliger Vorgang. Grund eines Bruchs mit dem Prinzip, ästhetische Fragen an kompetente Gremien zu delegieren, war eine Unterschriftenliste des kulturpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion, Norbert Lammert.

Das Projekt

Im Lichthof des Reichstages wird ein sieben mal einundzwanzig Meter großer Holztrög aufgestellt, aus dem dann in Neonlettern der Schriftzug „Der Bevölkerung“ herausleuchten soll. Er soll als architektonische Ergänzung zu der Inschrift „Dem deutschen Volke“, die seit 1916 am Reichstagsgiebel prangt, wirken. Den 669 Bundestagsabgeordneten wird vorgeschlagen, sich freiwillig an dem Auffüllen und Begrünen des Troges zu beteiligen. Und zwar in dem je einer einen Zentner Erde aus seinem Wahlkreis liefert. Eine fest installierte Kamera soll alle zwei Stunden eine Aufnahme über den Werdegang funken, die dann über das Internet weltweit zugänglich ist. Auf allen Etagen des Reichstagsgebäudes sollen dann Tafeln angebracht werden, die darüber Auskunft geben, welcher Bundestagsabgeordnete von wo seinen Zentner Erde mitbrachte.

Eine Zumutung?

Die zum Teil heftigen Reaktionen der Gegner sind, glaubt man Haacke, von ihm

Hauchdünner Sieg über die symbolische Dominanz deutsch-völkischer Herrschaftskultur?

nicht für möglich gehalten worden. Insbesondere erbosten sich Abgeordnete aus den Reihen der CSU. Peter Ramsauer behauptet eine „skandalöse Verneinung des deutschen Volkes“. Karl Feldmeyer schreibt in der FAZ, die Deutschen hätten mit dem Ruf „Wir sind ein Volk“ Europa verändert. Daß der Bundestag jetzt in Betracht ziehe, eben „dieses Volk zu negieren“, sei schwer zu fassen. Schließlich wurde Haacke's Kunstprojekt wegen der erdigen Elemente als in der Tradition der „Blut- und Bodenideologie der Nazis“ stehend diffamiert. Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer versuchte das Projekt als „Biokitsch“ abzuwerten. Insbesondere wollen sich aber viele nicht vereinnahmen lassen und nicht Erde nach Berlin transportieren, weil der Trägerdienst ihre „Würde“ in Frage stelle. Übrigens auch aus dem Kreis der Befürworter. „Geschichtsklitterung“ wirft Hans-Joachim Otto von der FDP Haackes Vorhaben vor, und behauptet, daß die Inschrift am Reichstagsgiebel einem selbstherrlichen Kaiser geradezu abgerungen werden mußte. Thierse rief den Abgeordneten zu: „beweisen wir Souveränität“, als ob diese zu verlieren drohte. Der SPD-Abgeordnete Gert Weisskirchen resümierte: „Kunst darf wirken wie eine Zumutung“.

Freiheit der Kunst und symbolische Dominanz

Haackes Kunstprojekt bringt zweierlei Dinge zum krachen. Zum einen exerziert er an den Bundestagsabgeordneten vor, wie es mit der Freiheit der Kunst bestellt ist, wenn sie in politische Diskurse eingreift. Haacke verweist in der Diskussion auf die grundgesetzliche Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre. Gegen den Vorwurf des Verfassungsfeindes zitiert Haacke den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes, der alle im Gültigkeitsbereich des Grundgesetzes Lebenden betreffe. Und dies sei eben die Bevölkerung der Bundesrepublik. Zu dem unausgesprochenen aber spürbaren Zwang und damit öffentlich erhobenen Vorwurf, sich

am „Kunstprojekt beteiligen zu müssen“, antwortet Haacke locker flockig: „Wer nicht will, tut einfach nicht mit.“ Haacke läßt die Repräsentanten der parlamentarischen Demokratie ansatzweise spüren, wie Kunstsschaffende Freiheit empfinden, wenn sie anders herum gegen den von der Herrschaftskultur gesetzten Mainstream opponieren. Hier gibt nun aber der Künstler die politische Linie vor und die Entrüstung ist ihm gewiß.

Zum anderen, und das scheint die heftigen Reaktionen auszulösen, wird die selbst empfundene Überhöhung der Parlamentarier ins Licht gerückt. Sie müssen nämlich, und da hört für sie wohl der Spaß auf, zur Schaufel greifen, und nicht der Reichstagsgärtner. Eben eine Dienstleistung an „der Bevölkerung“. Das heißt, Hans Haacke vollzieht nicht nur einen Bruch mit der Inschrift „dem deutschen Volke“, sondern auch mit dem durch den deutschvölkischen Obrigkeitsstaat geprägten und im Laufe der Zeit ausgebildeten Status eines Abgeordneten, der sich in seiner „Würde“ ausdrückt.

Nur wer zu diesen Traditionen keinen kritischen Diskurs zulassen will und aber auch nicht kann, dem ist offensichtlich dem Anliegen Haackes, in einem symbolischen Akt der Bevölkerung zu dienen, der Zugang verbaut.

In einem Dialog zwischen Haacke und dem französischen Soziologen Pierre Bordieu über die „Unabhängigkeit der Phantasie und des Denkens“ fragt sich letzterer, „was man den Formen der symbolischen Dominanz entgegensetzen kann. Die Intellektuellen, aber auch die Gewerkschaften und Parteien sind hilflos; sie haben einen Rückstand von drei

oder vier symbolischen Kriegen. Sie können den Unternehmen und ihren höchst subtilen Public-Relations-Methoden nur mit gänzlich veralteten Aktions- und Demonstrationstechniken erwidern. Künstlerische Kompetenz erlaubt es Ihnen (Hans Haacke, der Verf.) wirksame symbolische Werkzeuge zu schaffen, die die Journalisten gelegentlich zwingen, Stellung zu beziehen, und zwar gegen die Intervention, die die Unternehmen vornehmlich durch das Mäzenatentum ausüben. Sie erstellen symbolische Maschinen, die wie Fallen funktionieren und das Publikum zur Teilnahme anregen. Sie bauen zum Beispiel ein Artefakt, wie in Graz, das von den Gegnern dieses Artefakts zerstört wird, wodurch eine Kette von Diskursen in Gang gesetzt wird, in denen die kritische Vernunft zu Wort kommt. Solche Projekte provozieren das Gespräch, und im Gegensatz zu den Arbeiten z.B. mancher Concept-Art-Künstler haben sie zur Folge, daß nicht nur über den Künstler gesprochen wird, sondern auch über dessen Absichten. So beweisen Sie, daß es möglich ist, symbolische Aktionsformen zu erfinden, die uns von unseren ewigen Petitionen abzubringen und die Kräfte der literarischen und künstlerischen Phantasie in den Dienst symbolischer Kämpfe gegen die symbolische Gewalt zu stellen vermögen.“

Und die Bevölkerung?

Haackes Projekt hat einen kleinen Haken. Obwohl für Gegenwartskunst ungewöhnlich, löste sie eine heftige Auseinandersetzung aus, die sich aber doch hauptsächlich auf dem politischen und intellektuellen Feld austobte. Die Bevölkerung kommt ja auch nur in vergegenständlichter Form, als Schriftzug, zu Wort. Vielleicht hätte da eine Ausweitung der beteiligten Akteure am Projekt Abhilfe getan. Eine Wette bei Thomas Gottschalks „Wetten daß“: Wieviele Abgeordnete schaffen es innerhalb der Sendezeit nicht nur den Sack mit Erde zu füllen, sondern auch gleichzeitig zehn Einwohner ihres Heimatkreises, die sie persönlich kennen und einen typischen Querschnitt der dortigen Bevölkerung repräsentieren, mit ins Studio zu bringen?

rua, eg 4/2000

(Quellen: taz v. 1./2.4.00, Hamburger Abendblatt v. 6.4.00, Pierre Bourdieu, Hans Haacke: Freier Austausch – Für die Unabhängigkeit der Phantasie und des Denkens, Fischer Verlag 1995)



27./28. Mai, München: 8. isw-forum zum Thema: *Kapitalismus im XXI. Jahrhundert. Entwicklungslinien der politischen Ökonomie des Kapitals*. Mit ReferentInnen aus USA, Kuba, Japan, China und Deutschland. Cuba: Globalisierung und Staat (Referat: Mitarbeiter des „Forschungszentrums Weltwirtschaft“, Havanna); USA: Boom ohne Ende? (Referat: Prof. Richard D. Wolff, Department of Economics, University of Massachusetts); Japan: Von der „Herausforderung“ zur „Gefahr“ für die Weltwirtschaft; China: „Langer Marsch“ zum Sozialismus oder Übergang zum Kapitalismus? (Referat: Mitarbeiter/in des „Forschungszentrums für die gegenwärtige Welt“, Peking); Verbrechen Wirtschaft – Moderner Kapitalismus als höchstes Stadium der organisierten Kriminalität (Referat: Conrad Schuhler, Mitarbeiter des isw e.V.) Eintritt pro Tag: 10,- DM, beide Tage: 16,- DM, StudentInnen, Arbeitslose, SchülerInnen je die Hälfte. Veranstalter: institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V. Veranstaltungsort: München, Gewerkschaftshaus, Schwanthalerstr. 64, Beginn jeweils 10 Uhr

31. Mai: *Deutscher Katholikentag* in Hamburg

1. Juni: *EXPO 2000* in Hannover (bis 31.10.), *zahlreiche Gegenaktionen*

2./3. Juni: Berlin: *Europäisches Tribunal über den NATO-Krieg in Jugoslawien*. Freitag: 11-19 Uhr; Samstag: 9-18 Uhr, Heilig-Kreuz-Kirche, Zosener Str. 65 / Ecke Blücherstr. Infos auch über: <http://www.nato-tribunal.de> Kontakt: GBM, Prof. Wolfgang Richter, Tel. (0 30) 5 57 83 97, Fax: 5 55 63 55

6. Juni: *Westeuropäische Union*

6. bis 12. Juni: *Internationale Luftfahrtausstellung (ILA) in Berlin* Schönefeld und *Gegenaktivitäten von Friedensgruppen*. (Ausstellungsprogramm siehe <http://www.ila-berlin.de>) Kontakt: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Oranienstr. 25, 10999 Berlin, Tel.: 030/615005-30, Fax: 030/61500529. E-Mail: info@kampagne.de – Internet: <http://www.kampagne.de>

7. Juni: Demonstrationen in Berlin, Köln und Stuttgart: *Für ein gebührenfreies Studium! Für Chancengleichheit in Bildung, Beruf und Gesellschaft!* (Aufruf s. PB 9)

9.-12. Juni: *Bundesweites Treffen der Totalen Kriegsdienstverweigerer in*

ADRESSAUFKLEBER

Hamburg. Gearbeitet wird in verschiedenen Ags: Prozessführung; Juristische Unterstützung durch und für TKDVer; Knast / Arrest / Soliarbeit; Medien/Öffentlichkeitsarbeit. Anmeldung bei: Die Desertöre, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, desertoere@gmx.de

9. Juni: *Hauptversammlung der Deutschen Bank*, Festhalle Frankfurt mit *Aktionen der Kritischen Aktionäre*. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024. E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com Internet: <http://www.kritischeaktionaeere.de>

9. Juni: Brüssel: Demonstration mit anschließendem Symposium der Europäischen Märsche zum Thema „*Europaweite Mindeststandards für Einkommen*“ – anlässlich des Gipfeltreffens des europäischen Unternehmerverbandes UNICE

16./17. Juni: Berlin: Internationale Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung: *Osterweiterung der Europäischen Union – die soziale Dimension*. Kongresszentrum Weißenseer Weg 52, 13052 Berlin. Anmeldung: Dr. Hilde Ettinger, Tel: 030-29781152, Fax: 030-29784222, E-Mail: ettinger@rosa-luxemburg.org. Ausführlich siehe Politische Berichte 10

17. Juni: *Politische Ökonomie heute*, 2. Kurstag. Beginn 10.30 Uhr in der DGB-Jugendbildungsstätte Fulda, Magdeburger Str. 69 (s. PB 6, S. 18f.)

17. Juni: Berlin: *Hearing „Zukunft der Bundeswehr“*, weitere Infos auch über Projektmanager Paul Schäfer, Tel. (0 30) 2 27-7 58 32, Fax: (0 30) 2 27-7 58 32. E-Mail: paul.schaefer@bt.pds-online.de. Kontakt: PDS im Bundestag, Wolfgang Gehrcke, Platz der Republik, 11011 Berlin, Tel. (0 30) 2 27-7 18 53, Fax (0 30) 2 27-7 66 32

17. Juni: Krefeld: 22. *Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW*. Kontakt: Landesverband NRW e.V. der VVN/BDA, Gathe 55, 42107 Wuppertal, Tel. (02 02) 45 06 29, Fax (02 02) 45 06 29. Internet: <http://www.vvn-bda.de/nrw>

19. Juni: Porto, Portugal: Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes – anlässlich des EU-Gipfels. Die Europäischen Märsche werden daran teilnehmen.

25. Juni: Genf: *Demonstration der sozialen Bewegungen, Nicht-Regierungsorganisationen und Gewerkschaften anlässlich des UN-Sozialgipfels* (Nachfolgegipfel von Kopenhagen). Sechs Monate nach Seattle, drei Monate nach Washington geht der Kampf gegen WTO und weltweite Deregulierung weiter.

27. bis 30. Juli: *Linke Sommerschule*. Näheres zu Ort und Themen s.u.

5-7. September: Seminar der Bundesakademie für Sicherheitspolitik zum Thema: *Deutschland und „seine neuen Minderheiten“ im Licht innen- und außenpolitischer Veränderungen*. Ort: Bonn

16. September: *Politische Ökonomie heute*, 3. Kurstag. Beginn 10.30 Uhr DGB-Jugendbildungsstätte Fulda, Magdeburger Str. 69 (s. PB 6, S. 18f.)

14. Oktober: Mobilisierungen anlässlich des EU-Gipfels in Biarritz; *Abschlussdemonstration des Frauenmarsches 2000* in Brüssel

7. November: *US-Präsidentenwahlen*, Neuwahl des Repräsentantenhauses und ein Drittel des Senats sowie zahlreicher Gouverneure

25. November: *Politische Ökonomie heute*, 4. Kurstag. Beginn 10.30 Uhr, DGB-Jugendbildungsstätte Fulda, Magdeburger Str. 69 (s. PB 6, S. 18f.)

1. Dezember: EU-Gipfel in Frankreich, voraussichtliche Punkte: Abschluss der Regierungskonferenz 2000, Feierliche Verabschiedung einer Europäischen Charta der Grundrechte, Förmlicher Beschluss der Integration der WEU in die EU

Linke Sommerschule in Thüringen



Seit dem Sommer 1992 führt die Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ in und bei der PDS zweimal jährlich die Linke Schule durch. Auch im Sommer 2000 finden wieder drei Kurse statt.

Der **Kurs Philosophie** setzt sich kritisch mit verschiedenen *Theorien der Gerechtigkeit* auseinander – von Aristoteles, Theorien aus der jüdischen und christlichen Religion, über Kant bis in die Postmoderne.

Der **Kurs Geschichte** befasst sich mit der *Kulturrevolution in China*, den zugrundeliegenden sozialen und politischen Widersprüchen, ihrem Verlauf, ihren Erfahrungen.

Der **Kurs Wirtschaft** befasst sich mit den *Kommunalfinanzien – Einkommensarten und Haushaltsordnung*.

Das Faltblatt mit einer ausführlicheren Beschreibung der Kurse erscheint Mitte Juni und kann bestellt werden bei: Christiane Schneider, c/o GNN, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21, E-mail: gnn-hhsh@otelo-online.de

Die Linke Sommerschule findet vom **27. bis 30. Juli** in Sondershausen (Thüringen) statt, und zwar im Jugendwohnheim Juventas, Karl-Günther-Str. 26-27, 99706 Sondershausen. Dort stehen Einzelzimmer, Zweibettzimmer und Zimmer mit gemeinschaftlichen Sanitäranlagen (Belegung mit 2 Personen) zur Verfügung zu gestaffelten Preisen (einschließlich Vollverpflegung und Getränken): 220 DM, 190 DM, 137,50 DM.

Anmeldung bei: Christiane Schneider (s.o.)